

Posteingang 16.05.2017



MEIN ZUHAUSE  
**LANDKREIS  
GÖRLITZ**  
WOKRJEŠ ŽHORJELC

Landkreis Görlitz • Postfach 30 01 52 • 02806 Görlitz

Landesdirektion Sachsen  
Frau Uhlmann  
09105 Chemnitz

**Der Landrat**

Landratsamt Görlitz  
Bahnhofstraße 24  
02826 Görlitz

Telefon 03581 663-9001  
Telefax 03581 663-79000  
landrat@kreis-gr.de  
www.kreis-goerlitz.de

Datum: 16.05.2017  
Aktenzeichen: 330-1-06-PLG-  
3135  
Ihr Zeichen: DD32-0522/292/5  
Ihre Nachricht vom: 28.02.2017

**Gesamtstellungnahme Träger öffentlicher Belange – Landratsamt Görlitz**

**Planfeststellung für das Bauvorhaben**

"B178n Verlegung BAB 4 bis Bundesgrenze D/PL und D/CZ 3. BA Teil 3, S 128  
(Niederoderwitz) bis B178alt (Oberseifersdorf/NU Zittau)" – 1. Tektur – gemäß § 17  
FStrG i. V. m. § 73 VwVfG

Sehr geehrte Frau Uhlmann,

mit Ihrem Schreiben vom 28.02.2017, Posteingang am 08.03.2017, erhielten wir die Bitte im Rahmen der Beteiligung Träger öffentlicher Belange zum o. g. Vorhaben Stellung zu nehmen.

Grundlage für die Erarbeitung der Stellungnahme bildeten folgende Unterlagen:

- 8 Ordner 1. Tekturplanung in zweifacher Ausfertigung und
- 1 CD 1. Tekturplanung.

Das Vorhaben wurde von den Fachbehörden des Landkreises Görlitz unter der Verantwortung des Amtes für Kreisentwicklung beurteilt.

Die Stellungnahmen der einzelnen Fachbereiche:

- Umweltamt,
- Kreisforstamt,
- Amt für Vermessungswesen und Flurneuordnung,
- Amt für Hoch- und Tiefbau,
- Straßenverkehrsamt,
- Ordnungsamt,
- Bauaufsichtsamt/Untere Denkmalschutzbehörde,
- sowie Amt für Brandschutz/ Katschutz/ Rettungswesen

sind im Folgenden zusammengefasst.

## Fazit

**Das Landratsamt Görlitz stimmt dem o. g. Vorhaben bei Beachtung nachfolgend genannter Forderungen, Nebenbestimmungen, Auflagen und Hinweisen zu.**

### Amt für Kreisentwicklung

Dem Landkreis Görlitz ist es wichtig, dass Straßennetz in der Region so zu erhalten und auszubauen, dass insbesondere der Reise- und Fernlastverkehr auf überregionalen Straßen zügig abgeführt werden kann.

Dafür ist es notwendig die großräumigen Verkehrsströme auf neu- und auszubauende Straßen umzulenken, Netzlücken umweltverträglich zu schließen und die Weiterführung der überregional bedeutsamen Straßen zu berücksichtigen.

Im Landesverkehrsplan Sachsen 2025 wurden dieser Forderung Rechnung getragen, in dem man die Fertigstellung der überregionalen Achse *B 178n zwischen der A 4 und der Bundesgrenze Deutschland/Polen/Tschechien* mit der höchsten Priorität einordnet.

Für den Landkreis Görlitz stellt dieses Fernstraßenneubauvorhaben vor allem in Bezug auf seinen grenzüberschreitenden Charakter einen wichtigen Meilenstein, insbesondere als europäisches Verkehrsprojekt, dar. Eine qualitativ hochwertige Verkehrsinfrastruktur beeinflusst zudem regional maßgeblich die Wettbewerbsfähigkeit und die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Oberlausitz mit seinen Mittelzentren Löbau und Zittau.

### Umweltamt

Zur vorliegenden Planung bezieht das Umweltamt wie folgt Stellung.

### **Belange Naturschutz**

Zur Tekturplanung I bestehen aus naturschutzrechtlicher Sicht keine Einwände. Die umweltfachlichen Untersuchungen (LBP, AFB, FFH-VP, faunistische Gutachten) sind schlüssig und nicht grundlegend zu beanstanden.

### Hinweise zum LBP:

- H1 Im Maßnahmenblatt zur Maßnahmen-Nr. 7 A sind Rechenfehler aufgetreten. Der Gesamtumfang der Maßnahme sowie der Zielbiotop müssen, entsprechend der Beschreibung der Maßnahme, wie folgt angepasst werden:
- *Gebietskulisse 68 ha: 800 m<sup>2</sup> oder 1600 m<sup>2</sup> Feldlerchenfenster (in Abhängigkeit der Anbaufrucht) und 3000 m<sup>2</sup> Feldlerchenstreifen, alternativ 2,3 ha Feldlerchenstreifen (23 Stck.)*
- H2 In Bezug auf die Offenlegung des verrohrten Krebsbachabschnittes (Maßnahmen-Nr. 15 A) sollte kein derart statisches Hauptgerinne aus Wasserbausteinen vorgesehen werden. Besser wäre, so wie an den Böschungen, auch hier ingenieurbioologische Bauweisen verschiedener Art einzuplanen und den Einsatz von Steinmaterial deutlich zu reduzieren sowie dem Bachabschnitt ausreichend Raum für eine eigendynamische Entwicklung zur Verfügung zu stellen. Das käme dem angestrebten Ziel, der „naturnahen Gestaltung“ am nächsten.

## Belange Wasser

Die vorliegenden Planunterlagen wurden hinsichtlich der durch die Untere Wasserbehörde zu vertretenden Belange geprüft. Im Ergebnis ist festzustellen, dass gegen das Vorhaben grundsätzlich keine Einwände bestehen, wenn die zu den einzelnen, im weiteren aufgeführten wasserrechtlichen Tatbeständen geforderten Nachweisführungen erfolgen, die formulierten Nebenbestimmungen erfüllt und die Hinweise beachtet werden.

### 1. In den Planfeststellungsbeschluss aufzunehmende wasserrechtliche Erlaubnisse:

#### 1.1 Übersicht der Erlaubnistatbestände

##### 1.1.1. befristete wasserrechtliche Erlaubnisse gem. §§ 8, 9 WHG i. V. m. § 6 SächsWG während der Bauzeit:

- zum Entnehmen, Absenken, Umleiten, Zutagefördern und Ableiten von Grundwasser und Oberflächenwasser während der Bauzeit (Bauwasserhaltung)
- für das zeitweilige Einleiten von Wasser aus der Bauwasserhaltung in oberirdische Gewässer und das Grundwasser unter Beachtung der konkreten örtlichen Umfeldbedingungen (Biotopcharakter des Gewässers, Wasserführung) zur Vermeidung von Schäden am Gewässer und gegenüber Dritten.

##### 1.1.2 wasserrechtliche Erlaubnisse gemäß §§ 8 und 9 WHG i. V. m. § 6 SächsWG für das Einleiten von Niederschlagswasser über Versickerungsanlagen in das Grundwasser durch Versickerung

- Versickerungsmulde mit Stauschwellen Bau-km 16+400 bis 16+680 (südlich der Trasse)
- Versickerungsmulde mit Stauschwellen *Bau-km 19+900 bis 20+800* (beidseitig der Trasse)

##### 1.1.3 weitere wasserrechtliche Erlaubnisse für das Einleiten von Niederschlagswasser aus den Straßenbereichen über Regenrückhaltebecken 1 und 2 in das Neufeldenwasser und den Krebsbach und weitere Einleitstellen in Oberflächengewässer gemäß §§ 8 und 9 WHG i. V. m. § 6 SächsWG

- Hierzu ist eine Auflistung aller Einleitstellen mit den dazugehörigen Einleitmengen und der erforderlichen Verortung einschließlich der Angabe der Koordinaten erforderlich und nachzureichen. Es ist das Referenzsystem ETRS 89/ UTM 33 zu verwenden.
- Bei bereits bestehenden Einleitungen sind die bestehenden wasserrechtlichen Erlaubnisse ggf. anzupassen, wenn durch das Vorhaben Anpassungsbedarf verursacht wird

##### 1.1.4 wasserrechtliche Erlaubnisse gemäß §§ 8 und 9 WHG für das Entnehmen von Grundwasser über Tiefendrainagen:

- *Bau-km 17 + 550 bis 18 + 500*
- *Bau-km 19 + 900 bis 21 + 100*
- *Bau-km 21 + 500 bis Bauende*

## 1.2 Nachforderungen und Hinweise zu den Erlaubnistatbeständen 1.1.1 bis 1.1.4

Nach Sichtung der Planungsunterlagen ergeben sich folgende Nachforderungen zu den Benutzungstatbeständen 1.1.1 bis 1.1.4:

- *Einleitungen der Straßenabwässer in Oberflächengewässer*

Im Zuge der Niederschlagswasserableitung des Planungsgebietes in Oberflächengewässer sind die wasserrechtlichen Erlaubnisse für die verschiedenen Einleitstellen mit den *dazugehörigen Einleitkoordinaten und Einleitmengen* gesondert zu erteilen. Maßgeblich ist der Einleitpunkt in das jeweilige Fließgewässer, auch wenn es sich dabei um einen verrohrten Gewässerabschnitt handelt.

Nachfolgende Nachforderungen und Hinweise zu den einzelnen Entwässerungsabschnitten (EA) sind dabei zu beachten:

- EA 1: Die dargestellte Einleitmenge soll bereits im Teil 2 des 3. Bauabschnitts enthalten- und bei der Auslegung des RRB 3 berücksichtigt sein.
- EA 2: Das gesammelte Oberflächenwasser und das Geländewasser werden über das RRB 1 dem Neufeldenwasser zugeleitet (Einleitpunkt- EP 2.1).
- EA 3a: Bei dieser Einleitung handelt es sich um eine Einleitung in den verrohrten Eckartsbach. Der Übergabepunkt 3a.1 ist die Einleitstelle.
- EA 3b: Im weiteren Verfahren ist zu prüfen, ob es sich beim Übergabepunkt 3b.1 bereits um ein Fließgewässer handelt. Östlich der B 178 alt, auf Höhe Flurstück 232/2 ist die Gewässereigenschaft auf jeden Fall gegeben (namenloses Fließgewässer welches im weiteren Verlauf in den Eckartsbach mündet).
- EA 3c: Für diesen Abschnitt ist eine Einleitmenge von 1020 l/s in der Summe angegeben. Es ist erforderlich, diese auf die Teilabschnitte bzw. einzelnen Einleitstellen aufzuteilen.
- EA 3c1: Die Ableitung über Versickermulde/Fangegraben ist darzustellen und als Teilmenge von Abschnitt 3c zu berechnen.
- EA 3c2: Die Einleitung erfolgt in den verrohrten Krebsbach, eventuell über eine kurze Rohrleitung.
- EA 3c3: Der genaue Verlauf der Ableitung ist nicht ersichtlich. Es ist darzustellen, an welcher Stelle die Einleitung in das Fließgewässer (vermutlich Krebsbach) erfolgt.
- EA 3c4: Dies kann nach unserer Auffassung kein Übergabepunkt sein. Der weitere Verlauf der Ableitung zum RRB 2 ist darzustellen.
- EA 3c5: Dabei handelt es sich um eine Einleitung in den Krebsbach, welche ebenfalls durch Einleitmenge und -Koordinaten zu spezifizieren ist.
- EA 3c6: Dieser Abschnitt betrifft die Einleitung aus dem RRB 2 in den Krebsbach.

EA 3d: Nach unserer Auffassung erfolgt die Einleitung dieses Abschnitts in ein Fließgewässer (namenlos), welches östlich der S 132 in den Eckartsbach einmündet. Der weitere Verlauf ab Übergabepunkt 3d.1 ist darzustellen.

Aus jetziger Sicht liegen 8 Einleitstatbestände vor. Es ist klar darzustellen, welche dieser Einleitungen bereits Bestand haben und welche neu zu errichten sind. Es sind die Koordinaten aller Einleitstellen zu benennen.

### 1.3 Empfohlene/zu erwartende Nebenbestimmungen zu den Erlaubnistatbeständen 1.1.1 bis 1.1.4

Aus den Benutzungstatbeständen 1.1.1 bis 1.1.4 ergeben sich voraussichtlich folgende Nebenbestimmungen (unter Vorbehalt weiterer, zu ergänzender Nebenbestimmungen im Zuge der Sichtung der nachgeforderten Unterlagen):

- NB1 Grundwasserentnahmen sind nur für die Zeit der Bauausführung der Maßnahme gestattet und auf den unbedingt erforderlichen Umfang zu beschränken.
- NB2 Soweit für die Baumaßnahme der Grundwasserspiegel abgesenkt werden muss, sind die dafür benötigten Anlagen und Leitungen nach Abschluss der Bauarbeiten wieder abzubauen bzw. zu verfüllen.
- NB3 Spätestens 8 Wochen vor Beginn der Baumaßnahme sind die Angaben zu den Bauwasserhaltungen in Art und Umfang der Entnahme und Ableitung zu präzisieren und der Unteren Wasserbehörde (UWB) des Landkreises Görlitz zur Kenntnis zu übergeben.
- NB4 Das aus den Bauwasserhaltungen anfallende Wasser ist, sofern es die anstehenden Bodenverhältnisse zulassen, wieder dem Untergrund zuzuführen. Sollte die Einleitung des Wassers aus der Bauwasserhaltung in ein Oberflächengewässer erforderlich werden,
- ist der Eintrag von Sedimenten in die Gewässer durch geeignete Maßnahmen zu vermeiden oder zu mindern.
  - sind die Einleitstellen so zu gestalten, dass die Abflüsse der Vorfluter nicht beeinträchtigt werden und die Gewässersohlen und -böschungen nicht beschädigt werden.
- NB5 Die Einleitung des Niederschlagswassers hat gemäß § 57 Abs. 1 Nr. 1 WHG über Anlagen nach dem Stand der Technik, auch unter Beachtung des Anhangs 49 zur Verordnung über Anforderungen an das Einleiten von Abwasser in ein Gewässer (Abwasserverordnung – AbwV), zu erfolgen.
- NB6 In die Versickerungsanlagen darf nur das nicht schädlich verunreinigte Niederschlagswasser der angeschlossenen Flächen eingeleitet werden, die Versickerung von sonstigen Abwässern ist nicht zulässig.
- NB7 Die UWB kann gegebenenfalls anlassbezogen Überwachungswerte für die Beschaffenheit und Menge der einzuleitenden Niederschlagswässer festsetzen.

#### 1.4 Begründung der empfohlenen Nebenbestimmungen NB 1 bis NB 7

Die Nebenbestimmungen ergeben sich aus § 13 Abs. 2 WHG, § 27 WHG und § 47 Abs. 1 WHG. Sie sind notwendig, geeignet und angemessen, nachteilige Auswirkungen auf die Gewässer durch den Bau und Betrieb der Anlagen zu verhüten, sowie von Störfällen ausgehende, nachteilige Auswirkungen auf das Gewässer zu vermeiden, zu mindern bzw. eingetretenen Schäden umgehend entgegenzuwirken. Sie ergeben sich ferner aus dem Verschlechterungsverbot für Oberflächenwasserkörper und Grundwasserkörper.

## 2. In den Planfeststellungsbeschluss aufzunehmende Wasserrechtliche Genehmigungen

### 2.1 Übersichten über die Genehmigungstatbestände

#### 2.1.1 Bau und Betrieb Regenrückhaltebecken 1 ( § 55 SächsWG)

Standort RRB 1: *B 178n, Bau-km 17+100*

Weitere technische Angaben:

RRB 1 mit Notüberlauf ins Gelände:	Verf:	2.035 m <sup>3</sup>
Vvorh.: 2.071 m <sup>3</sup>	Q zul.:	710 l/s
	Q drossel:	25 l/s

Zulaufleitung in das Absetz- bzw. Vorklärbecken:	DN 600
Einstauhöhe:	1,00 m
Speicherbecken Einstauhöhe:	1,05 m

Auslaufbauwerk (Schacht mit Wirbelstromdrossel/-schieber DN 150), Gitterrostabdeckung und ausziehbare Einsteighilfe  
Kanal zum Vorfluter: DN 700

#### 2.1.2 Bau und Betrieb Regenrückhaltebecken 2 (§ 55 SächsWG)

Standort RRB 2: *B 178n, Bau-km 22+100*

Weitere technische Angaben:

RRB 2 mit Notüberlauf ins Gelände:	Verf:	818 m <sup>3</sup>
	Vvorh.: 990 m <sup>3</sup>	
	Q zul.:	390 l/s
	Q drossel:	50 l/s

Zulaufleitung in das Absetz- bzw. Vorklärbecken:	DN 600
Einstauhöhe:	1,00 m
Speicherbecken Einstauhöhe:	1,05 m

Auslaufbauwerk (Schacht mit Wirbelstromdrossel/-schieber DN 150), Gitterrostabdeckung und ausziehbare Einsteighilfe

Kanal zum Vorfluter: DN 600

### 2.1.3 Errichtung von Einleitbauwerken/Einleitstellen in Oberflächengewässer

- für die Errichtung neuer Einleitstellen als Anlagen am Gewässer gemäß § 26 Abs. 1 SächsWG

### 2.1.4 Offenlegung des Krebsbaches

- Gewässerausbau i. S. § 67 Abs. 2 WHG

### 2.1.5 Gewässerkreuzung/ Überbauung verrohrter Abschnitt Seitenarm Eckartsbach (bei km 19+495) und Krebsbach (bei km 21+450, km 21+350)

- Errichtung von Anlagen über dem Gewässer gemäß § 26 Abs. 1 SächsWG

### 2.1.6 Ersatzneubau des Durchlasses 02 als ökol. Durchlass Krebsbach

- Errichtung einer Anlage in, an unter, über oberirdischen Gewässern (§ 26 Abs. 1 SächsWG)

## 2.2. Nachforderungen und Hinweise zu den Genehmigungstatbeständen 2.11 bis 2.1.6

Bei der Durchsicht der Unterlagen sind offene Fragestellungen aufgetreten. Es ergeben sich deshalb Nachforderungen/ zu überarbeitende Punkte bei der Planung:

### *Regenrückhaltebecken 1 und 2*

Auf die Empfehlung, dass die Größe der RRB seitens des Planers nochmal - wie für die Variante 1 mit einer Überschreitungshäufigkeit von  $n = 0,1$  (1x in 10 Jahren) - durchgerechnet und geprüft werden sollte, wurde nicht eingegangen. Die Bemessung der RRB erfolgte nach  $n = 0,2$  (1 x in 5 Jahren). O. g. Berechnungen sind nachzureichen.

Die Ausführungsplanung für die RRB 1 und 2 ist der UWB rechtzeitig vor geplantem Baubeginn vorzulegen.

Die in den Zeichnungen zu den RRB enthaltenen „Notüberlauf“-Stellen erscheinen noch nicht ausreichend aussagefähig bzw. ungenau. Dies sollte in der Ausführungsplanung entsprechend dargestellt werden.

Für die Berechnungen wurden noch die Daten nach der KOSTRA-DWA 2000 angesetzt. Seit dem IV. Quartal 2016 liegt ein neuer KOSTRA-Atlas vom Deutschen Wetterdienst vor (KOSTRA-DWA 2010). Die Berechnungen sind dahingehend zu überprüfen und entsprechend zu aktualisieren.

Es ist der rechnerische Nachweis zu erbringen, dass bei Überlastung der RRB die schadlose Abführung des Hochwassers gewährleistet ist.

### *Einleitstellen für Niederschlagswasser ins Gewässer*

Die Angabe der Koordinaten, wie unter Punkt 1.1.3 gefordert, ist auch hierfür bedeutsam, um die eindeutige Zuordnung der Einleitstellen im Planfeststellungsbeschluss festzuhalten. Die Angaben sind in der bewerteten Planunterlage nicht enthalten.

Da die vorliegenden Unterlagen die Einleitstellen nur schematisch darstellen, erachten wir es für notwendig, dass die Ausführungsplanung der UWB mind. 8 Wochen vor Baubeginn vorgelegt wird und eine entsprechende Stellungnahme der UWB abzuwarten ist.

Die Zustimmungen der Gewässerunterhaltungspflichten hinsichtlich der geplanten Einleitungen des Niederschlagswassers in die Gewässer sind einzuholen.

Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, dass die Gewässer zum großen Teil an ihren hydraulischen Leistungsgrenzen arbeiten. Die zusätzlichen, konzentrierten Einleitungen von Niederschlagswasser verschärfen die Situation. Da die Auswirkungen nicht bekannt sind, müssen zur Abschätzung von Gefahrensituationen und Gefahrenstellen die Auswirkungen bekannt sein, damit für den hydraulischen Überlastungsfall entsprechende Maßnahmen vor Ort geplant und vorbereitet werden können, um ggf. Leib und Leben sowie Sachgüter angemessen zu schützen.

Für den Fall der hydraulischen Überlastung der Drosselbauwerke der RRB sind die Auswirkungen des „1:1“-Abflusses oder größer (Zufluss=Abfluss aus den RRB in die dem Gewässer zuführende Rohrleitung) im Gewässer zu beschreiben.

Da die UWB abschätzt, dass ein gefahrloser Abfluss in den Gewässer Neufeldenwasser und Krebsbach bei Anspringen des Notüberlaufes nicht erfolgen wird, halten wir es für notwendig, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, die dazu führen, dass das überlaufende Wasser nicht direkt in die Vorfluter gelangt (Abfluss über belebte Bodenzone) bzw. dass die Vorfluter entsprechend des auftretenden Erfordernisses instand gesetzt werden. Auch eine Mischung beider Varianten erscheint möglich.

Abfluss über belebte Bodenzone: Das überschüssige Wasser (über Notentlastung) wird nicht direkt in das Gewässer geleitet, sondern über die belebte Bodenzone langsam abgeleitet. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Abfluss so verlangsamt wird, dass bei Erreichen des Gewässers die Verzögerung so stark ist, dass der Effekt des Anspringens des Überlaufes vernachlässigt werden kann. Im Bereich des oberflächigen Abflusses können z.B. Sickermulden und/oder mit Büschen und Bäumen bewachsenen Bereiche verwendet werden.

Gefahrloser Abfluss im Gewässer: kritische Gewässerbereiche werden so aktiviert/ instand gesetzt, dass ein gefahrloser Abfluss erfolgt. Zur Abschätzung empfiehlt sich die Erstellung eines hydraulischen Modells / N-A-Modells für das Gewässer.

Aus Sicht der UWB kann auch die Ertüchtigung bzw. naturnahe Umgestaltung des Neufeldenwassers im Bereich des mit Halbschalen ausgelegten Gewässerbettes entsprechende positive Effekte (Wasserrückhaltung) bringen.

### *- Offenlegung Krebsbach*

Eine abschließende Bewertung der Gewässeroffenlegung ist derzeit nicht möglich, da die entsprechenden Angaben fehlen. Dafür werden folgende Unterlagen benötigt:

- Längsschnitt des Gewässerabschnittes mit Höhenangaben und Gefälle
- Hydraulischer Nachweis der notwendigen Befestigung (Schleppspannungsnachweis)



Für die Offenlegung des Krebsbaches geben wir folgende Hinweise:

- Die Forderungen der Wasserrahmenrichtlinie sind zu beachten.
- Im Bereich der Furt sollten bzgl. der Durchgängigkeit die Natursteinplatten so verlegt werden, dass Fugen offen bleiben und sich Sediment darin anlagern kann, es sind (mindestens an den Seiten) unregelmäßig behauene Steine zu nutzen.
- Sofern die Offenlegung als Ausgleichsmaßnahme angedacht ist, dann ist eine naturnahe Gestaltung unter Berücksichtigung der benthalen und rithralen Durchgängigkeit notwendig (eine Einbindung von Sohlriegeln wird als kritisch gesehen – eine Absprache mit der Fischereibehörde erscheint notwendig).
- HQ1 und HQ100-Werte sind in der Planung nicht enthalten. Sie sind zu benennen.
- Entsprechend des Regelungsverzeichnisses (Unterlage 11) unter Nr. 804, Spalte 4+5 soll die Unterhaltungslast für das Gewässer bei der Gemeinde Mittelherwigsdorf und für den Gewässerrandstreifen bei dem Straßenbaulastträger liegen. Das ist aus Sicht der UWB unzumutbar. Die Unterhaltungslast von Gewässerbett und Gewässerrandstreifen sollte bei einem Unterhaltungspflichtigen liegen.
- Es empfiehlt sich die Unterhaltungslast auf den Straßenbaulastträger zumindest für die Zeit der Entwicklungspflege und einen Teil der Erhaltungspflege zu übertragen, mindestens bis die Zielvegetation sich vollständig entwickelt hat.

*Gewässerkreuzung/Überbauung verrohrter Abschnitt Seitenarm Eckartsbach (bei km 19+495) und Krebsbach (bei km 21+450, km 21+350)*

Hinweis:

Die Statischen Verhältnisse sollten entsprechend der Belastung durch die B-Straße geprüft und bei Notwendigkeit berücksichtigt werden.

- *Durchlass 02 als ökolog. Durchlass Krebsbach im Zuge der B 178alt bei Bau-km 0+348*

Hinweis:

Die Herkunft der einzubindenden Leitung von Südwest ist unklar. Es sollte geprüft werden, ob es sich dabei um eine Felddrainage handelt oder das Wasser eine andere Herkunft hat.

Hinweise zum Regelungsverzeichnis (Unterlage 11)

Unter der lfd.-Nr. 502: Spalte 4 und 5 widersprechen sich, aus Sicht der UWB ist Spalte 5 maßgebend (Unterhaltungslast für Verrohrung bei BRD)

Unter der lfd. Nummer 803: Die Unterhaltung des Durchlasses und des Gewässers im Bereich des Durchlasses obliegt dem Straßenbaulastträger.

### 2.3 Empfohlene/zu erwartende Nebenbestimmungen zu den Genehmigungstatbeständen

Aus den Genehmigungstatbeständen 2.1.1 bis 2.1.6. ergeben sich voraussichtlich folgende Nebenbestimmungen, (unter Vorbehalt weiterer, zu ergänzender Nebenbestimmungen im Zuge der Sichtung der nachgeforderten Unterlagen):

- NB8 Die Regenrückhaltebecken (RRB) und die sonstigen Entwässerungseinrichtungen sind entsprechend den planfestgestellten Unterlagen herzustellen. Die RRB sind landschaftsgerecht und naturnah einzubinden.  
In die RRB darf nur das gesammelte nicht schädlich verunreinigte Niederschlagswasser aus der Verkehrsflächenentwässerung eingeleitet werden.
- NB9 Die schadlose Abführung von Hochwasser bei Überlastung der RRB ist zu sichern.
- NB10 Der Eintrag von Sedimenten in die Gewässer ist durch geeignete Maßnahmen zu vermeiden oder zu mindern.
- NB11 Die RRB, Versickerungsanlagen und die sonstigen Entwässerungseinrichtungen sind vom Träger der Straßenbaulast regelmäßig nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik zu betreiben, zu unterhalten und zu warten, dass jederzeit eine ordnungsgemäße Wasserableitung gewährleistet ist. Betrieb und Wartung sind so vorzunehmen, dass
- die Anlagenteile, die einer regelmäßigen Wartung bedürfen, jederzeit zugänglich sind
  - eine Gefährdung der Umwelt und insbesondere der stofflichen Beschaffenheit des Grundwassers nicht zu besorgen ist
  - die Versickerungsanlage in ihrem Bestand und in ihrer bestimmungsgemäßen Funktion stets betriebsfähig gehalten wird.
- NB12 Die Einleitstellen von Regen- und Oberflächenwasser sind so zu gestalten, dass die Abflüsse der Vorfluter nicht beeinträchtigt werden und die Gewässersohlen und -böschungen nicht beschädigt werden.
- NB13 Die Unterhaltungslast der Einleitstelle zu der auch der hydraulisch beeinflusste Bereich der Einleitungen von mindestens 5 m oberhalb bis 10 m unterhalb sowie der Bereich des gegenüberliegenden Ufers des Gewässers gehört, obliegt dem Straßenbaulastträger.  
Zur Unterhaltungslast der Einleitstellen ist anzumerken, dass es aus unserer Sicht nicht reicht, dass die Unterhaltungslast des Unterhaltungslastträgers für das Bauwerk (BR Deutschland) am Einlauf in das Gewässer endet. Siehe dazu U11 Regelungsverzeichnis Lfd.-Nr. 204 + 806 „Die Grenze der Unterhaltungslast liegt am Auslauf in das Gewässer.“
- NB14 Die UWB des Landratsamtes Görlitz ist berechtigt, die Betriebsführung der wasserwirtschaftlichen Anlagen zu kontrollieren und die einzuleitenden Niederschlagswässer auf ihre Beschaffenheit auf Kosten des Betreibers untersuchen zu lassen.
- NB15 Zum Schutz der Gewässer vor baubedingten Einträgen sind die Behandlungsanlagen für Niederschlagswasser (Vorklärbecken/RRB) mit Fertigstellung der Fahrbahn in Betrieb zu nehmen.
- NB16 Die Überwachung der Bauausführung für die wasserwirtschaftlichen Anlagen einschließlich RRB obliegt der UWB des Landratsamtes Görlitz.  
Der Baubeginn der betreffenden Vorhaben/Vorhabensteile ist deshalb rechtzeitig bei der unteren Wasserbehörde anzuzeigen.

- NB17 Änderungen der erlaubten Art und des Umfanges des eingeleiteten Wassers, Änderungen der baulichen Anlagen sowie Änderungen der Betriebs- und Verfahrensweise sind unverzüglich dem zuständigen Wasserwirtschaftsamt, der zuständigen UWB und der Landesdirektion Dresden anzuzeigen.
- NB18 Spätestens 8 Wochen vor Beginn der Baumaßnahme sind die Ausführungsplanungen für alle wasserwirtschaftlichen Anlagen, wie RRB, Einleitstellen, die herzustellenden Versickerungsmulden und Tiefendrainagen mit konkreten Angaben zu Ort, Art und Umfang der abzuleitenden Wässer der UWB des Landkreises Görlitz vorzulegen.

## 2.4 Begründung der empfohlenen Nebenbestimmungen NB 8 bis NB 18

Die Nebenbestimmungen ergeben sich aus § 13 Abs. 2 WHG, § 27 WHG und § 47 Abs. 1 WHG. Sie sind notwendig, geeignet und angemessen, nachteilige Auswirkungen auf die Gewässer durch den Bau und Betrieb der Anlagen zu verhüten, sowie von Störfällen ausgehende, nachteilige Auswirkungen auf das Gewässer zu vermeiden, zu mindern bzw. eingetretenen Schäden umgehend entgegenzuwirken. Sie ergeben sich ferner aus dem Verschlechterungsverbot für Oberflächenwasserkörper und Grundwasserkörper.

## 3. Anzeigetalbestände

### 3.1. Übersicht Anzeigetalbestände

#### 3.1.1 Kanalbauarbeiten (§ 55 Abs. 5 WHG)

#### 3.1.2 Erdaufschlüsse/voraussichtlich grundwassererreichende Arbeiten (§ 49 WHG i.V.m. § 41 SächsWG)

### 3.2. Nachforderungen zu Pkt. 3 Anzeigetalbestände

Es ist die Unterhaltungslast für die Anschlusskanäle zu klären, die ausschließlich Straßenabwässer ableiten.

## 4. Allgemeine Feststellungen und Nachforderungen zu den Belangen Grundwasser und Trinkwasserschutz

Im Planungsgebiet befinden sich die nördlich gelegenen Trinkwasserschutzgebiete Mittelherwigsdorf, Obere Zone (bestätigte Zone III, KT-Beschluss 57 vom 30.06.1983) und Oberherwigsdorf, Kahlertwiese (bestätigte Zone III, KT-Beschluss 180 vom 19.06.1980) sowie das südlich gelegene Trinkwasserschutzgebiet Mittelherwigsdorf, Untere Zone (bestätigte TWSZ II, KT-Beschluss 57 vom 30.06.1983).

Alle 3 genannten Trinkwasserschutzgebiete sind nicht nach den derzeit gültigen technischen Regeln (DWGW- W 101, Teil 1, 2006) ausgewiesen.

Seitens des Wasserversorgers, der Wassergenossenschaft Mittelherwigsdorf, ist nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand mittelfristig keine Überarbeitung der genannten Trinkwasserschutzgebiete geplant.

Für das Trinkwasserschutzgebiet Mittelherwigsdorf Untere Zone, existiert rechtsverbindlich nur eine Zone II. Das Einzugsgebiet dieser Fassungsanlagen, welches de facto einer Zone III entspräche, ist nicht unter Schutz gestellt.

Entgegen der Trassenvariante 1, welche nach den hydrogeologischen Gutachten der IFG GmbH von 2003 und 2005 das nicht unter Schutz gestellte unterirdische Einzugsgebiet der Trinkwasserfassung Untere Zone Mittelherwigsdorf quert, tangiert die Variante 2 lediglich die rechtlich festgesetzte Zone III des Trinkwasserschutzgebietes Oberherwigsdorf

Kahlertwiese/ Mittelherwigsdorf Obere Zone (Pkt. 3.3.4.2 Hydrogeologie) in einem Abstand von minimal 50 m.

Nach den unter Pkt. 3.3.4.2 Hydrologie getroffenen Aussagen wird jedoch davon ausgegangen, dass von beiden Trassierungsvarianten das unterirdische Einzugsgebiet der jeweiligen Fassungsanlagen mehr oder minder betroffen ist.

Prinzipiell ist nach dem DVGW-Regelwerk W 101 die Errichtung von Straßen in der Zone III eines Wasserschutzgebietes zulässig, sofern diese nach den Grundsätzen der "Richtlinie für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wasserschutzgebieten (RiStWag 2002/2016) geplant und ausgebaut werden. Entsprechend RiStWag gilt diese auch für Gebiete, die der öffentlichen Wasserversorgung dienen oder dafür vorgesehen sind, für die aber noch keine Schutzzonen festgesetzt wurden bzw. diese nicht dem neuesten wissenschaftlichen Stand entsprechen. In diesen Fällen sind die voraussichtlichen Schutzzonen durch ein Fachgutachten zu ermitteln. Für die Variante 2 wurde seitens der IFG GmbH Bautzen 2013 ein solches Fachgutachten erstellt (Ordner 7 Unterlage 20). Dieses Fachgutachten entspricht nicht den Grundsätzen des DVGW Regelwerkes W 101 an eine Abgrenzung des Grundwassereinzugsgebietes nach qualifizierten hydrogeologischen Kriterien. Grundlage für die gutachterliche Bewertung bildete lediglich die 50-Tage-Ganglinie, welche jedoch nur maßgebend für die Bemessung einer Trinkwasserschutzzone II ist. Das Grundwassereinzugsgebiet wurde nicht ermittelt und dargestellt. Damit ist die Ermittlung der erforderlichen Maßnahmen nach RiStWag auf der Grundlage dieses Fachgutachtens nicht untersetzt und damit nicht nachvollziehbar. Überdies korrelieren die Angaben aus dem Fachgutachten der IFG GmbH 2013 teilweise nicht mit den Angaben in Erläuterungsbericht der Planung.

Es wird empfohlen, das Fachgutachten entsprechend den vorstehenden Hinweisen zu qualifizieren und eine entsprechende Neubewertung mit Ableitung des erforderlichen Handlungsbedarfs vorzunehmen.

## 5. Allgemeine Nebenbestimmungen zum Bauvorhaben

NB19 Die Versiegelung des Bodens darf die Neubildung des Grundwassers nicht über das erforderliche Maß behindern. Straßenoberflächenwässer sind in der Regel über das Bankett abzuleiten und breitflächig zu versickern, sofern nicht eine Bodenentwässerung technisch notwendig ist.

NB20 Werden im Rahmen der Baumaßnahmen organoleptische Auffälligkeiten des Untergrundes festgestellt, ist darüber unverzüglich das Umweltamt zu informieren. Die Arbeiten sind bis auf weiteres einzustellen.

NB21 Im Planungsgebiet befindliche Grundwassermessstellen des Staatlichen Grundwasserbeobachtungsnetzes oder von Dritten (z. B. im Eigentum von Betreibern von Wassergewinnungsanlagen) sind vor jeder Beeinträchtigung zu schützen. Ist dies nicht möglich, hat der Vorhabensträger in Abstimmung mit dem jeweiligen Nutzer oder Betreiber der Grundwassermessstelle sowie der UWB des Landratsamtes Görlitz geeigneten Ersatz zu schaffen.

NB22 Es ist Vorsorge dafür zu treffen, dass keine wassergefährdenden und -verunreinigenden Stoffe in die Gewässer gelangen. Lagerung und Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sowie Schadensfälle und Betriebsstörungen sind der unteren Wasserbehörde anzuzeigen. Die zu verwendenden Baustoffe und Materialien einschließlich des für Schüttungen und Verfüllungen vorgesehenen Materials sollen grundsätzlich keine auswaschbaren, wassergefährdenden Stoffe enthalten.

NB23 Während der Baumaßnahme sind Schutzmaßnahmen gegen Verunreinigung des Grundwassers zu treffen. Dies bezieht sich insbesondere auf die während der Bau-

phase anfallenden Feinkornanteile, die eventuell zum Einsatz kommenden Bau- und Bauhilfsstoffe, Technologien, Baumaschinen und Schalöle:

- Die vorgesehenen Flächen für Baustelleneinrichtungen sind so herzustellen, dass eine Beeinträchtigung des Grundwassers nicht zu besorgen ist.
- Die zum Einsatz kommenden Bau- und Bauhilfsstoffe dürfen nicht wasser-gefährdend sein.
- Das Lagern, der Umgang und das Umfüllen von Kraftstoffen, Ölen, Schmiermitteln und sonstigen wassergefährdenden Stoffen sowie das Betanken und Reparaturarbeiten an Baumaschinen, Geräten und Fahrzeugen in den Einschnittsbereichen wird untersagt. Sollte sich dieses Verbot bei Großgeräten als nicht praktikabel erweisen, sind die zum ordnungsgemäßen Betrieb erforderlichen wassergefährdenden Handlungen vor Ort mit dem Landratsamt Görlitz abzustimmen.
- Für plötzlich auftretende Schadensfälle sind geeignete Ölauffangwannen und Bindemittel bereitzustellen.

NB24 Soweit im Zuge der Baumaßnahme Drainageanlagen angeschnitten werden, ist die weitere Funktionsfähigkeit der verbleibenden Anlagen zu gewährleisten.

NB25 Bei der Durchführung der Baumaßnahme im Bereich der Anbindung der K8617 Bau-km 0+300 bis Bau-km 0+625 sind aus Gründen des vorsorgenden Grundwasserschutzes die Forderungen an die Bauausführung gemäß Pkt. 9 der RistWag (2016) umzusetzen.

NB26 Die UWB des Landratsamtes Görlitz ist während der Bauphase über Ereignisse, die Relevanz für das Grundwasser besitzen, und die getroffenen Maßnahmen in Kenntnis zu setzen.

6. Prüfung des Vorhabens hinsichtlich des Verschlechterungsverbot gemäß § 27 WHG, § 47 Abs. 1 WHG i.V.m. Erlass des SMUL vom 03. März 2017

Mit der Tekturplanung für den 3. Bauabschnitt, Teil 3 der B178n – S128 (Niederoderwitz) bis B178 alt (Oberseifersdorf) wurde ein Fachbeitrag zu den Belangen der EU-WRRL eingereicht. Der Fachbeitrag entspricht den Vorgaben des Erlasses des SMUL vom 03. März 2017.

In diesem werden neben der aktuellen Zustandsdarstellung der betroffenen OWK und GWK umfassend die bau-, anlagen- und betriebsbedingten Auswirkungen des Vorhabens auf die Oberflächenwasserkörper und den Grundwasserkörper betrachtet und dargelegt. Auswirkungen auf Oberflächengewässer entstehen zum einen durch die Errichtung von Einleitbauwerken, aber in erster Linie durch die Einleitung von Straßenabwässern. Auswirkungen auf den Grundwasserkörper sind durch Versieglung und durch Versickerung von Straßenoberflächenwasser in den fahrbahnnahen Bereich zu erwarten.

Die betriebsbedingten Auswirkungen durch die Einleitung von Straßenabwässern in die Gewässer beruhen vorrangig auf dem Eintrag von Schadstoffen der Anlagen 6 und 8 OGewV sowie auf der Veränderung der phys.-chem. Parameter nach Anlage 7. Durch die Einleitung kann es bei einzelnen Stoffen zu einer Konzentrationserhöhung an den jeweiligen repräsentativen Messstellen kommen.

### 6.1.1 Oberflächenwasserkörper Landwasser

Es ist vorgesehen, Straßenabwasser über ein Regenrückhaltebecken indirekt in das Neufeldenwasser einzuleiten. Das Neufeldenwasser ist dem Oberflächenwasserkörper Landwasser (DESN\_674146) zugeordnet. Die repräsentative Messstelle OBF 18900 für den OWK Landwasser befindet sich an dessen Mündung in die Mandau. Aktuell ist der OWK Landwasser mit einem unbefriedigendem ökologischen und einem schlechten chemischen Potenzial eingestuft.

Eine Verschlechterung des ökologischen und chemischen Potenzials des OWK durch bau- und anlagenbedingte Auswirkungen wird in dem WRRL-Fachbeitrag ausgeschlossen. Die UWB kann in ihrer Prognoseentscheidung bau- und anlagenbedingte Zustandsverschlechterungen des OWK Landwasser ebenfalls ausschließen, durch die temporär begrenzten Auswirkungen, ist keine nachhaltige Zustandsverschlechterung des gesamten OWK Landwasser zu erwarten. Es wird diesbezüglich die Aufnahme der Nebenbestimmungen 22 empfohlen. Zum anderen erfolgen durch das Bauwerk selbst keine Eingriffe in den OWK Landwasser.

Nach den Berechnungen des Fachbeitrages ist bei keinem der betrachteten straßenbürtigen Stoffe eine Überschreitung der nach OGewV vorgegebenen Umweltqualitätsnormen bzw. der Orientierungswerte für phys.-chem. Parameter an der Messstelle zu erwarten. Damit liegt i.S. des Erlasses des SMUL vom 03. März 2017 keine Zustandsverschlechterung vor.

Die Aussagen hinsichtlich der betriebsbedingten Auswirkungen auf den OWK Landwasser sind plausibel und können durch die UWB nach gegenwärtigem Kenntnisstand mitgetragen werden. An der repräsentativen Messstelle OBF 18900 liegt als Vorbelastung bei Benzo(a)pyren als ubiquitärem Schadstoff bereits eine Überschreitung der UQN vor. It. dem Fachbeitrag ist jedoch mit keiner weiteren Konzentrationserhöhung von Benzo(a)pyren an der Messstelle zu rechnen. Durch Straßenabwässer können relevante Einträge von Kupfer und Chlorid (Tausalzausbringung) erfolgen. Nach Aussagen und Berechnungen des Fachbeitrages werden die Werte für Kupfer und Chlorid ebenfalls die UQN bzw. den Orientierungswert gemäß OGewV nicht überschreiten. Hinsichtlich der Stoffeinträge aus der Straßenentwässerung wird jedoch vorsorglich die Aufnahme der Nebenbestimmung 7 empfohlen. Betriebsbedingte Auswirkungen auf die biologischen Qualitätskomponenten Makrophyten/Phytobenthos, Makrozoobenthos und Fische werden einzeln betrachtet, Zustandsverschlechterungen werden ausgeschlossen.

Nach Prüfung des Vorhabens und des WRRL-Fachbeitrages gemäß Erlass des SMUL vom 03. März 2017 i. V. m. den Vorläufigen Vollzugshinweisen und der LAWA-Handlungsempfehlung vom 16./17. 03. 2017 hinsichtlich des Verschlechterungsverbotes trifft die UWB folgende Prognoseentscheidung für den OWK Landwasser:

Eine Verschlechterung des ökologischen und chemischen Potenzials des Oberflächenwasserkörpers Landwasser durch den Neubau des 3 Bauabschnitts, Teil 3 der B 178n ist nach Prüfung der Aussagen des WRRL-Fachbeitrages und nach Auswertung des zum Prüfzeitpunkt zur Verfügung stehenden Datenmaterials zum OWK Landwasser nicht zu erwarten, die Zielerreichung wird als nicht gefährdet eingeschätzt.

### 6.1.2 Oberflächenwasserkörper Eckartsbach

Der Krebsbach und der namenlose Zufluss („Graben zum Eckartsbach“), in welchen eine Einleitung erfolgen soll, sind dem OWK Eckartsbach (DESN\_674154) zuzuordnen. Die repräsentative Messstelle für den OWK Eckartsbach OBF 19300 befindet sich an dessen Mündung in die Mandau. Der OWK Eckartsbach ist gegenwärtig mit einem schlechten ökologischen und einem schlechten chemischen Zustand bewertet.

Eine weitere Verschlechterung des ökologischen und chemischen Zustandes des OWK durch bau- und anlagenbedingte Auswirkungen ist lt. WRRL-Fachbeitrag auszuschließen.

Die UWB kann in ihrer Prognoseentscheidung bau- und anlagenbedingte Zustandsverschlechterungen des OWK Eckartsbach bei Beachtung der Nebenbestimmung 22 ebenfalls ausschließen.

Verschlechterungen innerhalb der Zustandsklasse bei Makrozoobenthos und den Fischen werden für den OWK Eckartsbach ausgeschlossen, als limitierende Faktoren für die bereits schlechte Zustandsklasse bei diesen beiden biologischen Qualitätskomponenten werden erhebliche strukturelle Defizite sowie Feinsediment- und Nährstoffbelastungen im Gewässer erkannt. Eine Zustandsverschlechterung der biologischen Qualitätskomponente Makrophyten/Phytobenthos durch betriebsbedingte Auswirkungen wird ebenfalls ausgeschlossen.

Auch beim OWK Eckartsbach besteht eine Vorbelastung durch den ubiquitären Stoff Benzo(a)pyren, zudem besteht eine Belastung mit Nährstoffen, weitere Konzentrationserhöhungen sind jedoch lt. Fachbeitrag nicht zu besorgen. Hinsichtlich der Einträge von Kupfer und Chlorid über die Straßenabwassereinleitungen können zum OWK Eckartsbach die gleichen Aussagen getroffen werden, wie für den OWK Landwasser. Hierzu sei ebenfalls auf die Nebenbestimmung 7 verwiesen.

Nach Prüfung des Vorhabens und des WRRL-Fachbeitrages gemäß Erlass des SMUL vom 03. März 2017 i. V. m. den Vorläufigen Vollzugshinweisen und der LAWA Handlungsempfehlung vom 16/17. März 2017 hinsichtlich des Verschlechterungsverbotes trifft die UWB folgende Prognoseentscheidung:

Eine Verschlechterung des ökologischen und chemischen Zustandes des Oberflächenwasserkörpers Eckartsbach durch den Neubau des 3 Bauabschnitts, Teil 3 der B 178n ist nach Prüfung der Aussagen des WRRL-Fachbeitrages und nach Auswertung des zum Prüfzeitpunkt zur Verfügung stehenden Datenmaterials zum OWK Eckartsbach nicht zu erwarten, die Zielerreichung wird als nicht gefährdet eingeschätzt.

#### 6.1.3 Grundwasserkörper Zittau-Görlitz (DESN NE2)

Vom geplanten Vorhaben ist der GWK Zittau-Görlitz betroffen. Der GWK weist einen guten chemischen und einen guten mengenmäßigen Zustand auf. Im WRRL-Fachbeitrag wurde Bezug genommen auf die Messergebnisse der Grundwassermessstelle Großenhennersdorf Hy Grhn 2/02.

Vorhabensbedingte Auswirkungen auf den mengenmäßigen Zustand des GWK entstehen durch die dauerhafte Versiegelung, Grundwasserhaltungsmaßnahmen sind nur für die Bauzeit vorgesehen. Es wird eingeschätzt, dass mit einer Teil- und Vollversiegelung von 9,2 ha keine Verschlechterung des mengenmäßigen Zustandes des >500km<sup>2</sup> großen Grundwasserkörpers einhergeht. Dieser Einschätzung kann die UWB in Ihrer Prognoseentscheidung folgen. Zudem sind im Zuge von Ausgleichsmaßnahmen im Bereich des GWK Löbau-Zittau teilweise Entsiegelungen von nicht mehr benötigten Straßenabschnitten vorgesehen.

Hinsichtlich der Auswirkungen auf den chemischen Zustand des GWK werden straßenbürtige Stoffe betrachtet, die über Versickerung in den straßennahen Bereichen ins Grundwasser gelangen können. Außer für Chlorid sind in Anbetracht der Vorbelastung lt. den Aussagen des Fachbeitrages keine Schwellenwertüberschreitungen für die betrachteten Stoffe zu besorgen. Die Überschreitung des Schwellenwertes von Chlorid wird sich insgesamt auf eine Fläche von < 2km<sup>2</sup> entlang der neuen Trasse sowie Streckenabschnitten der K8617 und S 132 ausdehnen. Gemäß §7 Abs. 3 Ziffer 1 GrwV ist der chemische Zustand eines Grundwasserkörpers auch dann noch als gut einzustufen, wenn die von der Überschreitung des Schwellenwertes betroffene Fläche weniger als ein Drittel der Fläche des GWK beträgt. Bei GWKs, die größer als 75 km<sup>2</sup> sind, darf die von der Überschreitung

betroffene Fläche nicht größer als 25 km<sup>2</sup> sein. Der GWK Löbau-Zittau hat eine Flächenausdehnung von > 500km<sup>2</sup>. Bei einer von der Überschreitung betroffenen Fläche von < 2km<sup>2</sup> kann somit gemäß § 7 Abs. 3 Ziffer 1 GrwV der Grundwasserzustand weiterhin als gut eingestuft werden.

Nach Prüfung des Vorhabens und des WRRL-Fachbeitrages gemäß Erlass des SMUL vom 03. März 2017 i. V. m. den Vorläufigen Vollzugshinweisen und der LAWA Handlungsempfehlung vom 16/17. März 2017 hinsichtlich des Verschlechterungsverbotes trifft die UWB folgende Prognoseentscheidung:

Eine Verschlechterung des mengenmäßigen und chemischen Zustandes des Grundwasserkörpers Zittau-Görlitz durch den Neubau des 3 Bauabschnitts, Teil 3 der B 178n ist nach Prüfung der Aussagen des WRRL-Fachbeitrages und nach Auswertung des zum Prüfzeitpunkt zur Verfügung stehenden Datenmaterials zum GWK Zittau-Görlitz nicht zu erwarten.

## 6.2 Hinweis aus Sicht Bereich Wasserrahmenrichtlinie

### Hinweis:

Bei Vorhaben, die Auswirkungen auf Gewässer haben können, sollte auch die Möglichkeit von Ausgleichs- bzw. Ersatzmaßnahmen i. S. d. § 15 BNatSchG direkt an Gewässern geprüft werden (z.B.: in Form von Renaturierungen, Gewässeröffnungen, Bepflanzungen). Das Profil des Neufeldenwassers ist abschnittsweise über in der Sohle verbaute Betonhalbschalen festgelegt. Der Rückbau solchen Sohlverbaus und eine naturnahe Sohlgestaltung wären im Sinne des Verbesserungsgebotes zu begrüßen, zudem dadurch auch ein Retentionseffekt herbeigeführt werden kann.

### Anmerkungen der unteren Wasserbehörde zur weiteren Verfahrensführung:

Es wird empfohlen, den genauen Wortlaut der in den Planfeststellungsbeschluss aufzunehmenden wasserrechtlichen Regelungen einschließlich der erforderlichen Begründungen mit den zuständigen Mitarbeitern des Referates 32 der Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Dresden auszutauschen.

Dazu stehen Ihnen unsere Mitarbeiter Frau Henke, und Frau Würsig unter nachfolgenden Kontakten zur Verfügung:

Karola Henke e-mail: karola.henke@kreis-gr.de Tel.: 03581 – 663 3170

Anke Würsig e-mail: anke.wuersig@kreis-gr.de Tel.: 03581 – 663 3171

## **Belange Immissionsschutz**

Aus Sicht der Belange Immissionsschutz ist der Neubau der B 178n, BA 3.3, von der S 128 (Niederoderwitz) bis zur B 178 alt (Oberseifersdorf/NU Zittau) genehmigungsfähig.

Entsprechend der neuen Linienführung wurde eine schalltechnische Untersuchung, Bericht-Nr. 30011 des Ingenieurbüros für Lärmschutz Förster & Wolgast vom 01.03.16 erstellt. Vorausgesetzt, dass die prognostizierte Verkehrsbelegung nicht überschritten und eine lärm-mindernde Fahrbahnoberfläche zum Einsatz kommt, werden an den Immissionsorten die gebietsbezogenen Immissionsgrenzwerte der 16. BImSchV eingehalten und teilweise deutlich unterschritten.



Gem. Luftschadstoffuntersuchung der IDU mbH vom 29.02.16, werden für den Bauabschnitt 3, Teil 3 die Immissionsgrenzwerte gem. 39. BImSchV für Stickstoffdioxid, Schwefeldioxid, Benzol, PM<sub>10</sub> PM<sub>2,5</sub> und Kohlenmonoxid nicht überschritten.

#### Hinweise:

- H3 Die Straßenbaumaßnahme ist so zu planen und durchzuführen, dass keine unzumutbaren Belästigungen der Umwelt bzw. von Anwohnern durch Lärm, Staub und Abgase auftreten.  
Beim Betrieb von Baumaschinen, -fahrzeugen und -geräten sind die in der allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm - Geräuschimmissionen unter Nr. 3 festgelegte Immissionsrichtwerte unter Beachtung der jeweiligen Gebietseinstufung einzuhalten.
- H4 Einzelne kurzzeitig auftretende Geräuschspitzen dürfen den Richtwert nachts um nicht mehr als 20 dB(A) überschreiten. Als Nachtzeit gilt die Zeit von 20.00 bis 7.00 Uhr.
- H5 Beim Betrieb von Baumaschinen, -fahrzeugen und -geräten sind die in der 32. BImSchV (Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung) unter § 7 aufgeführten Regelungen zum Betrieb von Geräten und Maschinen unter Beachtung der jeweiligen Gebietseinstufung einzuhalten.
- H6 Besonders lärmintensive Bauarbeiten sind werktags und während der Tagzeit vorzunehmen. Falls infolge z. B. betriebsorganisatorischer oder terminlicher Probleme derartige Tätigkeiten kurzzeitig in den Nachtstunden bzw. an Sonn- und Feiertagen notwendig werden, so sollten durch den Bauausführenden die Gemeindeverwaltung, die betroffenen Anwohner sowie das Ordnungsamt und das Umweltamt des Landratsamtes informiert werden.
- H7 Die bei den Baumaßnahmen entstehenden Staubemissionen sollten durch geeignete Maßnahmen nach dem Stand der Technik auf ein Minimum begrenzt werden, z. B. durch Container- und Fahrzeugabdeckung, Umhüllung von Übergabe- und Abwurfstellen, geringe Abwurfhöhen, Befeuchten staubender Materialien und besonders bei anhaltender Trockenheit durch Reinigen und Befeuchten der Arbeitsflächen und Fahrwege.

#### **Belange Abfall, Altlasten und Bodenschutz**

Aus Sicht der Unteren Abfall- und Bodenschutzbehörde (UABB) ist das Vorhaben genehmigungsfähig. Nebenbestimmungen ergeben sich nicht. Folgende Hinweise sind zu berücksichtigen:

- H8 Die beim Straßenausbau sowie beim Rückbau von baulichen Anlagen, z. B. im Rahmen von Kompensationsmaßnahmen, anfallenden Abfälle sind nach Abfallarten getrennt zu gewinnen und entsprechend der Ergebnisse der Deklarationsanalysen in zulässigen Anlagen zu entsorgen.  
Nach § 2 Abs. 5 SächsABG dürfen Bau- und Abbruchabfälle einschließlich Straßenaufbruch, soweit sie nach § 7 Abs. 2 und 4 KrWG zu verwerten sind, nicht auf Deponien abgelagert werden. Für die Verwertung der gesamten mineralischen Abfälle (Bauschutt) sind die „Vorläufigen Hinweise zum Einsatz von Baustoffrecyclingmaterial“ gem. Erlass des SMUL vom 11.01.2006 zu beachten.

- H9 Zur Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Entsorgung ist vom Verpflichteten ein Entsorgungskonzept mit konkreten Angaben zu den zu erwartenden Abfällen nach Art (Abfallschlüssel nach AVV) und Menge sowie den jeweils dafür vorgesehenen Entsorgungswegen vor Maßnahmebeginn zu erstellen und mit der Unteren Abfall- und Bodenschutzbehörde (UABB) beim Landratsamt Görlitz (Umweltamt) abzustimmen. In diesem Zusammenhang ist der Abschlussbericht gem. Ziffer 5 des Baugrundgutachtens der IFG GmbH vom 29.06.2012 (Unterlage 20) vorzulegen.
- H10 Der am Standort selbst nicht wieder einsetzbare Bodenaushub (lt. Massenbilanz ca. 180.000 m<sup>3</sup>) ist einer geeigneten, seiner Wertigkeit entsprechenden Nutzung, zuzuführen. Eine Beseitigung (Deponierung) von unbelastetem Erdaushub ist nicht zulässig. Das Verwertungsgebot für unbelasteten Bodenaushub ergibt sich aus § 1 Abs. 1 SächsABG. In diesem Zusammenhang wird auch auf die DIN 19731 verwiesen. Gemäß Ziffer 4.11.2 (Erdarbeiten und Massenbilanz) des Erläuterungsberichtes wird i. R. der Bauvorbereitung ein entsprechendes Verwertungskonzept erarbeitet. Dieses ist zur Abstimmung bei der UABB mit einzureichen.
- H11 Auf Flächen, die im Rahmen von Ausgleichsmaßnahmen mit der Zielsetzung der Wiederherstellung der natürlichen Bodenfunktionen entsiegelt werden, ist die Funktionsfähigkeit des Bodens wiederherzustellen. Dafür gelten die Anforderungen des BBodSchG i. V. m. § 12 BBodSchV und den entsprechenden Vollzugshinweisen (Hinweise zur Umsetzung von § 12 BBodSchV, SMUL, 09.05.03).
- H12 Von dem lt. Landschaftspflegerischem Begleitplan vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmenkomplex 4 A sind Teilbereiche des im SALKA unter der AKZ 86 200 308 registrierten Altstandort ehem. Offiziershochschule Löbau betroffen. Für diese Teilbereiche besteht entsprechend dem vorliegenden Kenntnisstand aus der Altlastenerkundung kein Verdacht auf schädliche Bodenveränderungen, so dass der dort mit den Ausgleichsmaßnahmen 4.1 A – 4.4 A geplanten Entsiegelung aus Sicht der UABB zugestimmt wird.
- H13 Verunreinigungen der Böden mit Abfällen und Schadstoffen sind zu verhindern. Sollten im Rahmen der Baumaßnahmen schädliche Bodenveränderungen bekannt oder verursacht werden, so ist dies gemäß § 10 Abs. 2 SächsABG unverzüglich der UABB beim Landratsamt Görlitz (Umweltamt) mitzuteilen. Es sind dann umgehend Sicherungsvorkehrungen zu treffen, die ein Ausbreiten der Kontaminationen verhindern.

### **Kreisforstamt**

Das Kreisforstamt nimmt zu o. g. Planvorhaben wie folgt Stellung:

Gemäß den vorliegenden Planungsunterlagen ist von dem Verkehrsbauvorhaben Wald i. S. von § 2 SächsWaldG betroffen. Somit werden forstliche Belange berührt. Die Abgabe der Stellungnahme aus forstfachlicher Sicht erfolgt zur Vereinfachung des Verfahrens nur für die in der Tekturplanung ausgewiesene Vorzugsvariante 2 (nördliche Umgehung des Pferdeberges durch die Streckenführung zwischen den Waldteilen Königsholz und Kohlge)<sup>1</sup>.

---

<sup>1</sup> Für die Variante 1 - Streckenführung südlich des Pferdeberges, die Vorzugsvariante der 1. Planfassung, erfolgte eine forstfachliche Bewertung mit der Stellungnahme des Kreisforstamtes vom 27.11.2009 zu PLG-2184, Az. (FoA) 3911.60-1062/2009.

### 1. Dauerhafte und befristete Waldumwandlung

Für das Verkehrsbauvorhaben werden 3.092 m<sup>2</sup> Wald dauerhaft und 1.055 m<sup>2</sup> Wald befristet (zeitweilig bzw. baubedingt) in Anspruch genommen (Anlage 1, vgl. Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP) Pkt. 5.2.1 Seite 80 und Pkt. 5.5.3 S. 115-117 in Verbindung mit Unterlage 19.5 - Ermittlung der Waldbetroffenheiten). Der Kompensationsbedarf für den bau- und anlagebedingten Verlust von Wald beträgt insgesamt 4.195 m<sup>2</sup> (ca. 0,42 ha)<sup>2</sup>.

Als Ersatz für den Verlust an Waldfläche ist eine Neuaufforstung mit einer Flächengröße von insgesamt 68.905 m<sup>2</sup> (ca. 6,9 ha) auf dem Flurstück 631/4 der Gemarkung Kottmarsdorf, vorgesehen (sh. LBP S. 116 Tab. 31 und S. 51 - Maßnahmebeschreibung 3 E)<sup>3</sup>.

### 2. Ergebnisse der Waldfunktions- und Waldbiotopkartierung

In der Waldfunktionskartierung sind nach den uns vorliegenden Unterlagen keine gesetzlichen Schutzfunktionen des Waldes im Vorhabensgebiet ausgewiesen. Besondere Schutzfunktionen bestehen im Planungsgebiet wie folgt<sup>4</sup>:

Funktionsbereich	Besondere Schutzfunktion	Waldteil
Landschaft	Das Landschaftsbild prägender Wald	Kohlige
Erholung	Besondere Erholungsfunktion Stufe II	Königsholz

Eine Beeinträchtigung bzw. ein Verlust geschützter Waldbiotope nach § 21 SächsNatSchG i. V. mit § 30 BNatSchG erfolgt bei der Wahl von Variante 2 als Vorzugsvariante nicht. Das gilt auch für den Bereich am Ende der Baustrecke in Oberseifersdorf (Bau-km 22+200, Anbindung an die „Nordspange“). Die Beurteilung der Beeinträchtigung von gesetzlich oder besonders geschützten Biotopen im Offenland obliegt der unteren Naturschutzbehörde<sup>5</sup>.

### 3. Sonstige forstliche Belange

Auf Grund der Linienführung durch den Korridor zwischen den benachbarten Waldteilen Königsholz im Norden und Kohlige im Süden erfolgt eine Unterbrechung des Verbundes vorhandener Waldökosysteme, die aus unserer Sicht durch die vorgesehenen umfangreichen Kompensationsmaßnahmen ausgeglichen werden können. Hierzu gehört insbesondere das Bauwerk BW 2 (3.3 Ü-2) auf Bau-Km 18+310 - eine Grünbrücke zwischen den Waldteilen Königsholz und Kohlige, welche auch als Wirtschaftsweg dienen soll.

Durch das geplante Bauwerk 3 (3.3 Ü 3) auf Bau-Km 19+880 im Bereich der Feldschänke Oberseifersdorf bleibt auch die Erschließung der Waldgebiete über den Wirtschaftsweg Mittelstraße zum Grenzweg und zur Lärchenallee am Südrand des Königsholzes aus unserer Sicht in vollem Umfang gewährleistet<sup>6</sup>.

Es wird vermutet, dass für die Erstaufforstungen auf Flurstück 349 der Gemarkung Oberseifersdorf nach der damaligen Förderrichtlinie 93/2000 „Förderung der ökologischen Waldmehrung im Freistaat Sachsen“ Fördermittel in Anspruch genommen wurden, die einer Zweckbindungsfrist von 20 Jahren unterliegen. Sofern dies der Fall ist, müsste ggf. eine

<sup>2</sup> einschließlich eines Zuschlagsfaktors zum Ausgleich für die besondere Erholungsfunktion

<sup>3</sup> Lage östlich von Kottmarsdorf, am Petzberg; nördlicher Teil des Kottmarwaldes

<sup>4</sup> Eine besondere Hochwasserschutzfunktion des Waldes im Waldteil Königsholz besteht im Gegensatz zum Planungsstand 2009 nicht mehr.

<sup>5</sup> Pkt. 2.2.4.5 des LBP enthält eine Auflistung und Beschreibung der Biotope im Untersuchungsgebiet.

<sup>6</sup> Eine detaillierte Beschreibung der einzelnen Brückenbauwerke wird im Erläuterungsbericht zum Feststellungsentwurf vorgenommen (Ordner 1 Teil A Pkt. 4.7 - Ingenieurbauwerke, S. 55 ff.).

Rückzahlung erfolgen. Dies sollte im weiteren Planfeststellungsverfahren unbedingt geprüft werden. Dem Kreisforstamt selbst stehen zur forstlichen Förderung keine Unterlagen zur Verfügung, so dass aus unserer Sicht die entsprechenden Informationen beim Staatsbetrieb Sachsenforst (SBS) oder auch direkt beim Waldeigentümer eingeholt werden müssten.

#### 4. Gesamtbewertung des Vorhabens aus forstfachlicher Sicht

Mit der geplanten Variante erfolgt in einem insgesamt als vergleichsweise geringfügig einzustufendem Umfang ein Eingriff in Waldflächen nach § 2 SächsWaldG. Unter Anerkennung des herausragenden öffentlichen Interesses an dem Bauvorhaben werden sowohl die dauerhafte als auch die befristete Waldinanspruchnahme von insgesamt 0,42 ha Wald als unvermeidlich bewertet. Bezüglich der reinen Flächengröße wird der Eingriff in den Wald *flächenbezogen* mit der vorgesehenen Kompensationsmaßnahme in der Gemarkung Kottmarsdorf sogar überkompensiert.

*Integrierter Bestandteil des Planfeststellungsverfahrens gemäß Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) Abschnitt 2 §§ 73-75 ist die Entscheidung über die dauerhafte und befristete Waldumwandlung gemäß § 8 Abs. 1 SächsWaldG von insgesamt 0,42 ha Wald.*

#### 5. Forderungen und Hinweise zur Waldumwandlung nach § 8 SächsWaldG

Bei Beachtung folgender Forderungen (F) und Hinweise (H) können aus Sicht der Unteren Forstbehörde die geplanten Waldumwandlungen genehmigt werden:

- H1 Der Planungsträger hat mit der Feststellungsunterlage 19.5 eine vollständige, flurstücks- und flächengenaue Auflistung der Waldflächeninanspruchnahme vorgelegt. Die Waldinanspruchnahme ist aus forstfachlicher Sicht auf das zur Realisierung des Vorhabens erforderliche Minimum begrenzt.
- H2 Zum Ausgleich der nachteiligen Wirkungen der dauerhaften Waldumwandlung für die Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes gemäß § 8 Abs. 3 SächsWaldG ist die Durchführung von mindestens flächengleichen Ersatzaufforstungen erforderlich. Dieser Forderung wird mit der geplanten Neuaufforstung in der Gemarkung Kottmarsdorf, Flurstück 631/4 entsprochen.
- F1 Die vollständige Wiederaufforstung der befristet umgewandelten Waldflächen ist gemäß § 8 Abs. 4 SächsWaldG innerhalb eines Jahres nach Beendigung der Baumaßnahmen für den 3. Bauabschnitt Teil 3 Niederoderwitz-Oberseifersdorf abzuschließen.
- F2 Zur Maßnahmebeschreibung 3 E „Erstaufforstung“ im Landschaftspflegerischen Begleitplan (LBP), Seite 151, insbesondere zur vorgesehenen Baumartenwahl und die Waldrandgestaltung bestehen aus forstfachlicher Sicht keine Einwände oder Bedenken. Weitere Einzelheiten der Wiederaufforstung wie Pflanzverbände, Beachtung der Nachbarpflichten gemäß § 25 SächsWaldG, Beachtung Forstvermehrungsgutgesetz / FoVG usw. sind vom Vorhabensträger frühzeitig mit der unteren Forstbehörde abzustimmen.
- F3 Entsprechend der waldgesetzlichen Bestimmung nach § 20 Abs. 2 SächsWaldG sind die angelegten Kulturen vom Vorhabensträger rechtzeitig und sachgemäß nachzubessern, zu schützen und zu pflegen, bis sie endgültig (dauerhaft) gesichert sind. Dies schließt neben Nachbesserungen bei Pflanzenausfällen im Bedarfsfall auch eine Einzäunung der Aufforstungsflächen ein. Bei der Bewertung des Anwuchserfolges (Abnahme der gesicherten Kultur) ist die untere Forstbehörde als Fachbehörde zu beteiligen.

- F4 Der Zeitpunkt der Umwandlung der Waldflächen und der Aufforstungen ist der unteren Forstbehörde vor Maßnahmebeginn schriftlich mitzuteilen. Dabei ist ein verantwortlicher Maßnahmenleiter zu benennen.
- F5 Beeinträchtigungen des verbleibenden Waldbestandes sind auszuschließen. Erforderlichenfalls sind die Randbäume während der Baumaßnahme durch geeignete Vorkehrungen (Schutzvorrichtungen) im Wurzel- und Stammbereich vor Schäden zu schützen.
- F6 Zeitweilige Sperrungen der Zuwegungen in die an die Trasse angrenzenden Waldbestände während der Bauphase sind frühzeitig mit der unteren Forstbehörde abzustimmen. Die betroffenen Waldeigentümer sind über diese Sperrungen zu informieren.
- F7 Nach Abschluss der Baumaßnahmen sind die aufgehauenen Waldränder entlang der Trasse bis auf eine Baumlänge in das Bestandesinnere zu kontrollieren und unsichere Bestandesglieder auf Kosten des Vorhabenträgers zu entfernen. Bei den Kontrollen sind die Waldeigentümer zu beteiligen.

#### 6. Untere Jagdbehörde

Aus Sicht der Unteren Jagdbehörde gibt es unter Beachtung der geltenden Gesetze keine Bedenken und Hinweise.

#### Amt für Vermessungswesen und Flurneuordnung

Das geplante Bauvorhaben der "B178n - Verlegung BAB 4 bis BG D/PL und D/CZ, 3. BA, Teil 3" soll, gemäß der vorliegenden Tekturplanung 1, überwiegend auf landwirtschaftlich genutzten Acker- und Grünlandflächen umgesetzt werden.

Der, den Betroffenen, entstehende Landverlust soll auf einen größeren Kreis von Teilnehmern verteilt und/oder Nachteile für die allgemeine Landeskultur sollen behoben werden. Da aus besonderen Gründen eine Enteignung zulässig wäre, hat die Landesdirektion Sachsen als zuständige Enteignungsbehörde auf Anregung des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr (Niederlassung Bautzen) mit Schriftsatz vom 09. Mai 2017 bei der Oberen Flurbereinigungsbehörde im Landkreis Görlitz den Antrag auf Einleitung des Unternehmensverfahrens zur Umsetzung des Bauvorhabens „B 178n, Verlegung BAB 4 bis Bundesgrenze D/PL und D/CZ, 3. BA Teil 3 – S 128 (Niederoderwitz) bis B 178alt (Oberseifersdorf/NU Zittau)“ - 1. Tektur - gestellt.

Aus Sicht der unteren Landwirtschaftsbehörde und der Oberen Flurbereinigungsbehörde gibt es zum Vorhaben unter Beachtung der nachfolgenden Bedenken und Hinweise keine Einwände. Zu beachten ist weiterhin die Stellungnahme der Teilnehmergeinschaft der Ländlichen Neuordnung „B178 Nordumgehung Zittau“.

## Agrarstruktur und Landwirtschaft

### Bedenken/Hinweise der unteren Landwirtschaftsbehörde:

Durch die aktuelle Variante sind 7 Landwirtschaftsbetriebe durch die Trasse direkt betroffen, weitere Betriebe haben Einschränkungen durch Maßnahmen des Landschaftspflegerischen Begleitplans hinzunehmen. Entsprechend dem Gutachten des Vorhabensträgers ist eine Existenzbedrohung für betroffene Betriebe nicht zu befürchten.

Die Inanspruchnahme landwirtschaftlich genutzter Flächen für den geplanten Straßenkörper, notwendiger Abstands- und Ausgleichsflächen ist auf das Mindestmaß zu beschränken.

Die Inanspruchnahme von land- und forstwirtschaftlichen Nutzflächen ist entsprechend zu entschädigen.

Vor Beginn der tatsächlichen Inanspruchnahme sind die Bewirtschafter und Eigentümer frühzeitig zu informieren.

Grundsätzlich ist darauf zu achten, dass betroffene Entwässerungsanlagen (Melioration) in ihrer Funktionsfähigkeit zu erhalten bzw. entsprechend wieder herzustellen sind.

Die Anzahl und Dimensionierung der geplanten Feldzufahrten ist zu überprüfen und sollte im Sinne der Zweckmäßigkeit mit den Eigentümern/Nutzern abgestimmt werden.

Es wird begrüßt, dass die auszubauenden Abschnitte von Hapterschließungswegen (Tabelle 9-1, S. 37 Erläuterungstext) mit den Kronenbreiten von 5,00 bzw. 4,5 Meter vorgesehen sind und überwiegend in gebundener Deckschicht ausgebebet werden sollen.

Auf Grund der vorhandenen Hufenstruktur und der durch die Trasse erfolgende Durchschneidung und damit erheblichen Einschränkung der Bewirtschaftung wird angeregt, die vorhandene Mittelstraße beginnend ab der S 128 bis zum BW 1 und von dort weiter bis zum WW 5 grundhaft auszubauen und als Hapterschließungsweg zu gestalten. Ein weiterer Flächenverbrauch durch weitere Parallelwege zur Trasse entfällt damit. Der Ausbau mit gebundener Decke ist zu favorisieren (RLW 2016, Teil 1).

Aus Sicht der Agrarstruktur stellt sich die Frage, ob ausreichend Vorsorge bezüglich des entstehenden Oberflächenwassers und dessen Ableitung getroffen wurde. Im Bereich zwischen Anschlussstelle Niederoderwitz und der Gemarkungsgrenze NOW/Oberseifersdorf ist ein RRB geplant, Oberflächenwasser soll offensichtlich in das Neufeldenwasser eingeleitet werden.

Der WW 3 endet mitten in der Flur. Zur sinnvollen Nutzung zur Erschließung der weiter östlich gelegenen Flächen sollte dieser bis zum WW 5 in Höhe der Wildbrücke weitergeführt werden.

Im weiteren Verlauf sollte der Grenzweg als Hapterschließungsweg analog zur Mittelstraße bis zu seinem Ende an der B178 alt ausgebaut werden.

Die Einbindung des Steinbergweges an den WW 6 erscheint an der geplanten Stelle nicht sinnvoll, es entsteht eine weitere Durchschneidung landwirtschaftlicher Flächen. Als Variante wird empfohlen den WW 6 bereits ab BW 3 nördlich der Trasse zu beginnen und im weiteren Verlauf bis an die Wildbrücke und WW 5 zu verlängern.

Eine andere Variante wäre, den WW 6 entfallen zu lassen und stattdessen den Steinbergweg auszubauen und bis an den an der Waldgrenze verlaufenden Weg zu verlängern.

Die Maßnahmen des Landschaftspflegerischen Begleitplans sind möglichst flächensparend und so durchzuführen, dass die Einschränkungen, insbesondere Bewirtschaftungserschwernisse auf ein Minimum beschränkt werden.

## SG Obere Flurbereinigungsbehörde

### Bedenken/Hinweise der Oberen Flurbereinigungsbehörde:

Es ist zu begrüßen, dass die auszubauenden Abschnitte von Haupteerschließungswegen (Tabelle 9-1) mit Kronenbreiten von 5,00 bzw. 4,5 Meter vorgesehen sind und überwiegend in gebundener Deckschicht ausgebaut werden sollen.

- **Mittelstraße von der S 128 bis zur Gemarkungsgrenze (WW 2- WW 4 – bis BA WW 5):** Durch die in der Planfeststellung favorisierte Variante 2 kann die vorhandene Mittelstraße die von der Trasse zerschnittenen Eigentums- und Bewirtschaftungsstrukturen südlich (bis BW 1) bzw. nördlich der Trasse (bis BW 2) erschließen. Eine zusätzliche Flächeninanspruchnahme trassennaher Parallelwege entfällt. Damit die Mittelstraße bis zum BA (Bauanfang) WW 5 diese Funktion wahrnehmen kann, wäre zu prüfen, ob die Mittelstraße als Hauptwirtschaftsweg (nach RLW 2016 Teil 1) mit hervorgehobener Verkehrsbedeutung über die gesamte Länge zw. S 128 und BA WW 5 durch den Vorhabensträger grundhaft mit gebundener Deckschicht auszubauen ist. Aus Sicht der Oberen Flurbereinigungsbehörde darf sich der Ausbau nicht auf die zu verlegenden Abschnitte beschränken. Gründe: Durch die Zerschneidung der Schläge erfolgt eine Kanalisierung des Landwirtschaftsverkehrs von der Ortslage ausgehend über den Mittelstraße auf das BW 1. Landwirtschaftlicher Verkehr, der bisher über die Bewirtschaftungseinheiten (Schläge) erfolgte, wird nunmehr die Mittelstraße bis zum Bauwerk 1 benutzen, um nach Trassenunterquerung ggf. auch Richtung Norden zu fahren. Die Mittelstraße im aktuellen Zustand kann diese Zunahme des Verkehrs (Häufigkeit der Überfahren, Höhe der Achslasten, Nutzung des Weges unabhängig von der Witterung) nicht aufnehmen. Mit dem Ausbau der Mittelstraße auf eine Kronenbreite von 4,5 m bzw. 5,00 Metern mindestens bis zum Bauwerk 1 sollte diese Straße ihre Aufgabe als Hauptwirtschaftsweg auch zukünftig wahrnehmen können. Die Praxis zeigt, dass Hauptwirtschaftswegen in ungebundener Decke keine langen Standzeiten haben. Ziel muss es aber sein, dem durch die Neubautrasse durchschnittenen Bereich über Jahre hinweg einen leistungsfähigen Hauptwirtschaftsweg, auch zum Minderung der unvermeidbaren dauerhaften agrarstrukturellen Schäden, zur Verfügung zu stellen. Weiterhin wird bei einem Ausbau der Mittelstraße auf die o.g. Breite eine schmalere Wegetrasse im Vergleich zur bisherigen erwartet (aktuell breit ausgefahren). Zusätzliche Flächen können so der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden.
- Dass der **WW 5** aus naturschutzfachlichen Gründen in ungebundener Decke auszubauen ist, ist aus Sicht der OFB unstrittig. Befindet sich in diesem Bereich doch eine Bewirtschaftungsgrenze zwischen verschiedenen Landwirtschaftsbetrieben zw. Oderwitz und Mittelherwigsdorf.
- **Grenzweg von BW 2 über WW 7 bis an B 178alt:** Im Bereich der Gemeinde Mittelherwigsdorf wird durch den Grenzweg die Erschließung des durchtrennten Grundbesitzes wahrgenommen. Zusätzliche trassennahe Parallelwege südlich der B178neu sind nicht nötig und nicht geplant. Der Flächenverbrauch wird minimiert. Damit übernimmt der Grenzweg bis zur Einmündung in die B 178alt die Funktion eines Hauptwirtschaftsweges. Es wäre zu prüfen, ob entsprechend der landwirtschaftlichen Verkehrsbedeutung der Grenzweg im benannten Abschnitt als Hauptwirtschaftsweg mit gebundener Decke und einer Kronenbreite von 4,50 m bzw. 5,00 m durch den Vorhabensträger auszubauen ist. Aus Sicht der Oberen Flurbereinigungsbehörde darf sich der Ausbau nicht auf die zu verlegenden Abschnitte beschränken. Gründe: Durch die Zerschneidung der Schläge erfolgt eine Kanalisierung des Landwirtschaftsverkehrs von der Ortslage ausgehend über den Grenzweg auf das BW 2. Landwirtschaftlicher Verkehr, der bisher über die Bewirtschaftungseinheiten (Schläge) erfolgte, wird nunmehr den Grenzweg nutzen. Der Grenzweg im aktuellen Zustand kann diese Zunahme des Verkehrs (Häufigkeit der Überfahren, Höhe der Achslasten, Nutzung des Weges unabhängig von der Witterung) nicht aufnehmen.

- Der **WW 3** endet in der Flur. Zur zweckmäßigen Nutzung zur Erschließung der weiter südöstlich gelegenen Grundstücke sollte geprüft werden, ob dieser bis zum Bauwerk 2 (kombinierte Wildbrücke) weitergeführt wird.
- Der **WW 6** endet in der Flur. Die geplante Einbindung in den Steinbergweg verursacht zusätzliche Zerschneidungen von Landwirtschaftsflächen. Es ist zu prüfen, ob ein Ausbau des bestehenden Steinbergweges zwischen B 178 alt und Waldkante den Neubau des WW 6 überflüssig macht. Alternativ könnte der WW 6 bis zum BW 3 geführt werden, mit der Konsequenz zusätzlicher Flächeninanspruchnahme.
- Die geplante Trasse der B 178n, Abschnitt 3.3 schneidet das Flurstück Nr. 958 der Gemarkung Niederoderwitz. Dieses ist einem **Bodenordnungsverfahren nach dem 8. Abschnitt des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes (LwAnpG)** beigezogen. Der Regelungsbedarf nach dem LwAnpG besteht im Bereich der ehemaligen Schweinezuchtanlage am Ortsrand von Niederoderwitz, unmittelbar an der Oberherwigsdorfer Straße. Aktuell wird der Neuzuteilungsentwurf erarbeitet.
- Die Anzahl und die Dimensionierung der geplanten Feldzufahrten sollte überprüft werden und im Sinne der Zweckmäßigkeit mit den Eigentümern/Nutzern abgestimmt werden.
- Zwischen Text und Grafik ist bezüglich Regelquerschnitt Q2 ist ein Widerspruch: Bankett 1,00 Meter breit oder 0,75 m?

#### **Bedenken/Hinweise der Teilnehmergeinschaft der Ländlichen Neuordnung B 178 Nordumgehung (NU) Zittau**

Die Planung der B 178n, Abschnitt 3.3 überschneidet sich im Bereich des Bauendes (Lage- und Grunderwerbspläne Nr. 8) in Teilen mit dem laufenden Unternehmensverfahren *B 178 Nordumgehung (NU) Zittau*.

Dieses Verfahren ist zur Bereitstellung der erforderlichen Bauflächen und zur Beseitigung der landeskulturellen Schäden wegen des Baus der B 178n zwischen der alten B 178 und der B 99 angeordnet worden. In diesem Verfahren ist aktuell der Neuzuteilungsentwurf zu überarbeiten. Es ist nicht zu erwarten, dass dieses Verfahren vor Beginn der Baumaßnahmen zum Abschnitt 3.3 abgeschlossen sein wird.

Die Teilnehmergeinschaft der LNO B 178 NU Zittau weist darauf hin, dass zuerst die Bodenordnung des laufenden Verfahrens im baulichen Überlappungsbereich abzuschließen ist. Erst danach kann der betroffene Bereich ausgegliedert und in das geplante Unternehmensverfahren zum Bauabschnitt 3.3 einbezogen werden. Zwischenzeitlich ist der praktische Ausbau im betreffenden Bereich mit Hilfe von Bauerlaubniserklärungen der betroffenen Grundeigentümer anzustreben. Damit wird vermieden, dass wegen des Baus des Abschnittes 3.3 entstehende eigentums- und flurbereinigungsrechtliche Betroffenheiten den im Verfahrensgebiet B 178 NU Zittau befindlichen Teilnehmern zum Nachteil gereichen. Die flurbereinigungsbedingten Einlage- und Abfindungsberechnungen sowie die entschädigungsrelevanten Fragen wären anschließend im Unternehmensverfahren zum Abschnitt 3.3 auf der Basis des dann ausgeführten Flurbereinigungsplans des Verfahrens B 178 NU Zittau zu regeln.

#### **SG Service**

Aus Sicht des SG Service gibt es zum o. g. Vorhaben unter Beachtung des nachfolgenden Hinweises keine Einwände.

Die Sicherungspflicht für Vermessungs- und Grenzzeichen nach § 6 Abs. 2 SächsVermKatG ist zu beachten.



## Amt für Hoch- und Tiefbau

Die Stellungnahme des Amtes für Hoch- und Tiefbau erfolgt aus Sicht als Straßenbaubehörde für Kreisstraßen und Untere Straßenaufsicht für Kommunale Straßen.

### **Straßenbaubehörde für Kreisstraßen**

Von dem, hier in Rede stehenden Planfeststellungsverfahren (1. Tektur) ist der Landkreis Görlitz als Straßenbaubehörde und Baulastträger folgender Kreisstraßen betroffen:

K 8617 VNK 5054 012 NNK 5054 020

K 8631 VNK 5055 024 NNK 5054 033

K 8610 (Bereich B 178alt, welcher zur Kreisstraße abgestuft werden soll)

Seitens des Amtes für Hoch- und Tiefbau gibt es gegen die vorliegende Planfeststellungsunterlage keine grundsätzlichen Einwände, soweit die nachstehend genannten *Forderungen* im Planfeststellungsbeschluss und bei der späteren Umsetzung des Vorhabens Berücksichtigung finden/eingehalten werden.

#### 1. Unterlage 12 - Widmung, Umstufung, Einziehung

##### 1.1 Allgemeines

Da der Landkreis sowohl als Unterhaltungspflichtiger für Bundes- und Staatstraßen als auch als Straßenbauverwaltung für die betroffenen Kreisstraßen direkt von der geplanten Neubaumaßnahme betroffen ist, ist es zwingend erforderlich, dass der Landkreis Kenntnis vom Wirksamwerden der Widmungen, Umstufungen und Einziehungen erlangt.

U.a. muss die betroffene Straßenmeisterei ihr Betriebsregime darauf abstimmen/einstellen.

Dem Amt für Hoch- und Tiefbau des Landkreises ist deshalb mindestens 3 Wochen vor Verkehrsfreigabe der neuen B 178n der konkrete offizielle Freigabetermin vom Vorhabenträger schriftlich mitzuteilen.

Eine öffentliche Bekanntmachung des Verkehrsfreigabetermins ist dafür nicht geeignet. Diesbezüglich bitten wir um Aufnahme einer entsprechenden Auflage in den Planfeststellungsbeschluss.

##### 1.2 Umstufung

Im Zusammenhang mit der geplanten Abstufung der B 178 alt zur K 8610, bei welcher der Landkreis neuer Baulastträger wird, bestehen mit Bezug auf § § 11 Abs.4 SächsStrG folgende Forderungen:

- Abschluss einer Umstufungsvereinbarung zwischen den Baulastträgern (bisheriger und zukünftiger) im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens.  
Diese Umstufungsvereinbarung ist im Planfeststellungsbeschluss als Bestandteil festzustellen.
- Erbringung der Nachweise dafür, dass der notwendige Grunderwerb durchgeführt wurde bzw. Nachweis darüber, dass der bisherige Träger der Straßenbaulast Eigentümer des der Straße dienenden Grundstückes B 178 (alt) mit all ihren Straßenbestandteilen entsprechend §1 Abs.4 FStrG ist.

Die zugehörigen Vermessungsunterlagen bzw. Flurkarten sind dem Landkreis als neuem Baulastträger vor Wirksamwerden der Umstufung vollständig in geeigneter Weise zu übergeben.

Als Kostenträger der gesamten Maßnahme wird die Bundesrepublik Deutschland aufgeführt. Mit der, in Unterlage 12.1 (Widmung, Umstufung, Einziehung) aufgeführten Umstufungsverfügung zur Abstufung der B 178 (alt) zur Kreisstraße entstehen dem Landkreis Görlitz zusätzliche Kosten, für die Änderung aller von der Umstufung betroffenen Stationierungszeichen vor Ort und für die erforderlichen Änderungen von Datenbeständen in der Straßendatenbank des Landkreises.

Forderung:

Die dem Landkreis Görlitz durch die Umstufung entstehenden Kosten sind deshalb mit in die, von der Bundesrepublik zu tragenden Kosten einzuschließen und wörtlich in die Planfeststellungsunterlage mit aufzunehmen.

### 1.3 Einziehung

Die K 8617 alt wird gemäß Unterlage 12.1 im Bereich NK 5054 012 Stat. 0,190 bis Stat. 0,640 eingezogen. Die Verkehrsflächen werden rückgebaut, rekultiviert und die Flurstücke Dritten übertragen.

Offensichtlich befinden sich teilweise Versorgungsleitungen auf diesen Flurstücken. Im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens sollte bei den betroffenen Medienträgern eine Abfrage erfolgen, inwieweit eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit für die Leitungen auf den Flurstücken eingetragen werden soll. Der Landkreis ist darüber zu informieren.

## 2. Unterlage 11 - Regelungsverzeichnis

### 2.1 Textliche Erläuterung

#### *Zu Pkt. 6.1 Einfriedungen - Satz 1*

Regelung ist unverständlich formuliert bzw. kann inhaltlich nicht nachvollzogen werden. Bitte nähere Erläuterung und Änderung der Formulierung.

### 2.2 Tabelle zum Regelungsverzeichnis

#### *Zu Lfd Nr. 602 Absatz 1 Satz 2 der vorgesehenen Regelung*

Gegen die geplante Regelung zu den Entwässerungsanlagen als Bestandteil der K 8617neu gibt es keine grundsätzlichen Einwände, soweit zur weiterführenden Wasserableitung in Richtung Osten (2x DN 300 B) durch B 178 alt mit Auslauf auf die unten liegende Wiese (Flurstück 329) mit dem, vom auslaufenden Wasser, betroffenen Grundstückseigentümer Einvernehmen hergestellt wurde.

Sollte dies noch nicht der Fall sein, ist im Zuge des Planfeststellungsverfahrens eine rechtssichere Klärung zugunsten des Landkreises herbeizuführen.

### *Zu Lfd.Nr. 603 Satz 1 der vorgesehenen Regelung*

Es wird beschrieben, dass die K 8617 alt von der B 178alt auf einer Länge von ca.60m als Zufahrt hergestellt und der ehemalige Einmündungsbereich dabei teilweise zurückgebaut werden soll.

Dazu im Widerspruch steht die geplante Abstufung der K 8617 alt im Bereich NK 5054 012 Stat. km 0,000 bis Stat.km 0,190 als Gemeindestraße (Unterlage 12.1.-Erläuterungsverzeichnis zu Widmung, Umstufung, Einziehung).

Dieser Widerspruch ist auszuräumen und in den entsprechenden Unterlagen zu ändern bzw. straßenrechtlich eindeutig zu formulieren.

### *Zu Lfd Nr. 605 Gegen die geplante Regelung als solche gibt es keine grundsätzlichen Einwände*

Seitens des Landkreises besteht jedoch folgende Forderung:

Durch den Vorhabenträger ist für die Rohrleitung DN 300 zwischen der K 8617 neu und dem Unterflurschacht DN 1500 die Bewilligung der Vormerkung einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit im Grundbuch zu Gunsten des Landkreises zur dinglichen Sicherung der Leitung auf dem Privatgrundstück zu erwirken.

Die Kosten für die Bestellung der Dienstbarkeit und ihrer Sicherung durch Vormerkung im Grundbuch sind vom Vorhabenträger zu übernehmen.

## 3. Erläuterungsbericht

### 3.1 Pkt 6.4.3 - Ausgleichsmaßnahmen

**Maßnahme 9.6 A - Anlage von Laubbaumreihen auf den Böschungen der K 8617**

Seitens des Landkreises als Straßenbaulastträger und Straßenbaubehörde für die in Rede stehende Kreisstraße gibt es Einwände gegen die Pflanzung der Baumreihen. Aus Straßenunterhaltungsgründen lehnen wir die Pflanzung von Bäumen ab.

Mit einer flächendeckenden Bepflanzung der Böschungen mit Sträuchern wären wir hingegen einverstanden.

Das Regelungsverzeichnis lfd. Nr. 602 Absätze 2 sind zu ändern.

### 3.2 Pkt. 6.4.4 - Ersatzmaßnahmen

**Maßnahme 2 E - Anlage einer Kirschbaumreihe entlang der Holzstraße zwischen Heuscheuner Weg und Hirschfelder Straße**

Die Hirschfelder Straße ist eine in Zuständigkeit des Landkreises liegende Kreisstraße (K 8615). Es ist offensichtlich geplant, die Bäume bis unmittelbar an die Kreisstraße heran zu pflanzen (Lageplan der trassenfernen landschaftspflegerischen Maßnahmen-Unterlage 9.2./13). Da es sich im straßenrechtlichen Sinne um eine Kreuzung (K 8615 / Heuscheuner Weg) handelt, sind die erforderlichen Sichtdreiecke von Sichthindernissen freizuhalten (§25 SächsStrG). Dementsprechend fordern wir die Aufnahme einer Nebenbestimmung in den Planfeststellungsbeschluss dahingehend, dass erforderliche Sichtdreiecke von Sichthindernissen freigehalten und eine Bepflanzung erst mit einem Abstand von > 15 m (Annäherungssicht) zur Fahrbahnkante der Kreisstraße erfolgt.

### 3.3. Pkt. 9 - Durchführung der Baumaßnahme

In Absatz 2 Satz 5 wird ausgeführt, dass das Baufeld über die K 8617 von Mittelherwigsdorf aus kommend zu erschließen ist (im Baustellenerschließungsplan 16.1. dargestellt).

Die Nutzung der K 8617 für den Baustellenverkehr wird vom Landkreis abgelehnt.  
Die Straße ist auf Grund des geringen Ausbauzustandes (Querschnitt + Straßenaufbau) für Fahrzeuge über 3,5 t gesperrt (VKZ 253).

Darüber hinaus befindet sich die Kreisstraße bereichsweise in Wasserschutzzone W I und W II TWSG Kahlertwiese ( Unterlage U 18-5 Blatt 1 ).

#### **Untere Straßenaufsicht für Kommunale Straßen**

Aus Sicht der Unteren Straßenaufsicht gibt es unter Beachtung der geltenden Gesetze keine Bedenken und Hinweise.

#### **Straßenverkehrsamt**

Das Straßenverkehrsamt nimmt zum o. g. Vorhaben wie folgt Stellung.

Wie den vorliegenden Unterlagen zu entnehmen ist, wird auch der BA 3.3 mit dem Querschnitt RQ 15,5 und der Betriebsform 2+1 geplant und damit der zu erwartenden Verkehrsbelegung entsprochen. Zu den darin enthaltenen Erläuterungen bezüglich der Gestaltung der Querschnitte, Fahrstreifenwechsel sowie der Kreuzungen und Einmündungen des betroffenen Wegenetzes bestehen unsererseits keine ergänzenden Forderungen.

Die vorgeschlagenen Lösungen für das Wirtschaftswegenetz bedürfen der Abstimmung mit den Bedarfsträgern.

Die Belange des Großraum- und Schwerverkehrs sind bei der weiteren Vorbereitung des Vorhabens zu berücksichtigen.

Für den Bau der K 8617 bzw. des BW 4 unter Vollsperrung ist eine ortsnahe Befahrungsmöglichkeit (z.B. Plattenstraße in Abstimmung mit dem Eigentümer) zur Absicherung des Schülerverkehrs zwischen Oberseifersdorf und Mittelherwigsdorf zu finden. Die jetzige Streckenführung der K 8617 im Bereich Feldschenke bis zur neuen Anbindung ist aus diesem Grund so lang wie möglich aufrecht zu erhalten.

Wie aus dem Lageplan zu entnehmen ist, wird auch den Problemen des Wildwechsels durch Schutzzäune Rechnung getragen.

Die Beschilderungs- und Markierungsplanung ist zum gegebenen Zeitpunkt der Straßenverkehrsbehörde gesondert zur Bestätigung vorzulegen.

#### **Ordnungsamt**

Es fand eine Überprüfung des aktuellen von der Landespolizeidirektion, Zentrale Dienste Sachsen, Kampfmittelbeseitigungsdienst zur Verfügung gestellten Kartenmaterials bezüglich des o. g. Bauvorhabens statt.

Das Bauvorhaben liegt im ehemaligen Kampfgebiet, es ist jedoch für das betreffende Gebiet keine Belastung mit Kampfmitteln bekannt. In der Vergangenheit traten auf der beantragten Fläche und deren Umgebung keine Kampfmittelfunde auf. Somit bestehen aus Sicht des Ordnungsamtes keine Einwände gegen das geplante Vorhaben.

### Bauaufsichtsamt/Untere Denkmalschutzbehörde

Das o. g. Vorhaben ist denkmalschutzrechtlich von Belang.

Die Genehmigungspflicht ergibt sich aus §§ 12 Abs. 2 SächsDSchG. Danach darf u.a. eine bauliche Anlage in der Umgebung eines Kulturdenkmales, soweit sie für dessen Erscheinungsbild von erheblicher Bedeutung ist, nur mit Genehmigung der Denkmalbehörde errichtet, verändert oder beseitigt werden.

Gemäß § 14 SächsDSchG bedarf der Genehmigung der Denkmalschutzbehörde, wer Erdarbeiten etc. an einer Stelle ausführen will, von der bekannt oder den Umständen nach zu vermuten ist, dass sich dort Kulturdenkmale befinden.

Die archäologische Relevanz des Vorhabenareals belegen archäologische Kulturdenkmale aus dem nahen Umfeld, die nach § 2 SächsDSchG Gegenstand des Denkmalschutzes sind (*mittelalterlicher Ortskern (D-87230-01 und D-87220-01), spätmittelalterliche Siedlung (D-87220-05/06/07/10)*). Es gilt darüber hinaus stets zu beachten, dass die aktuelle Kartierung der Bodendenkmale nur die bislang bekannten und dokumentierten Fundstellen umfasst. Tatsächlich ist mit großer Wahrscheinlichkeit mit einer Vielzahl weiterer archäologischer Kulturdenkmäler nach § 2 SächsDSchG zu rechnen.

Im Einvernehmen mit dem Landesamt für Denkmalpflege Sachsen sowie dem Landesamt für Archäologie Sachsen wird gemäß §§ 12 Abs. 2, 14 i. V. m. § 12 Abs. 3 und § 13 SächsDSchG dem vorliegenden Feststellungsentwurf (Tekturplanung) unter Beachtung der nachfolgenden Nebenbestimmungen zugestimmt.

### Nebenbestimmungen

#### Auflagen

Vor Beginn der Erschließungs- und Bauarbeiten müssen durch das LfA im von Bautätigkeit betroffenen Areal archäologische Untersuchungen (Grabung 1) durchgeführt werden. Gegebenenfalls auftretende Befunde und Funde sind sachgerecht auszugraben und zu dokumentieren (Grabung 2).

#### Hinweis des Landesamtes für Archäologie

1. Der Bauherr wird im Rahmen des Zumutbaren an den Kosten beteiligt (§ 14 Abs. 3 SächsDSchG).
2. Der zeitliche und finanzielle Rahmen der Ausgrabung sowie das Vorgehen werden in einer zwischen Bauherrn und Landesamt für Archäologie abzuschließenden Vereinbarung verbindlich festgehalten.
3. Zum Abschluss einer Vereinbarung ist die Vorlage beurteilungsfähiger Unterlagen über bereits erfolgte Bodeneingriffe von Vorteil.
4. Wir bitten um eine frühzeitige Kontaktaufnahme.

**Amt für Brandschutz/ Katschutz/ Rettungswesen**

Aus Sichte des Amtes für Brandschutz/ Katschutz/ Rettungswesen gibt es unter Beachtung der geltenden Gesetze keine Bedenken und Hinweise.

Die Stellungnahme ergeht aus Sicht des Landratsamtes Görlitz. Sie bezieht sich auf die geprüften Unterlagen und verliert ihre Gültigkeit, wenn wesentliche Änderungen vorgenommen werden. Den Stellungnahmen der übrigen Träger öffentlicher Belange wird hiermit nicht vorgegriffen.

Mit freundlichen Grüßen



Bernd Lange  
Landrat

**Anlagen**

des Kreisforstamtes:

Anlage 1 - Flurstücksübersicht zur Waldumwandlung, vereinfachte Darstellung in Anlehnung an die Feststellungsunterlage 19.5 der Tekturplanung

Anlage 2 - Lagepläne

**Anlage 1 Flurstücksübersicht zur Waldumwandlung, vereinfachte Darstellung in Anlehnung an die Feststellungsunterlage 19.5 der Tekturplanung**

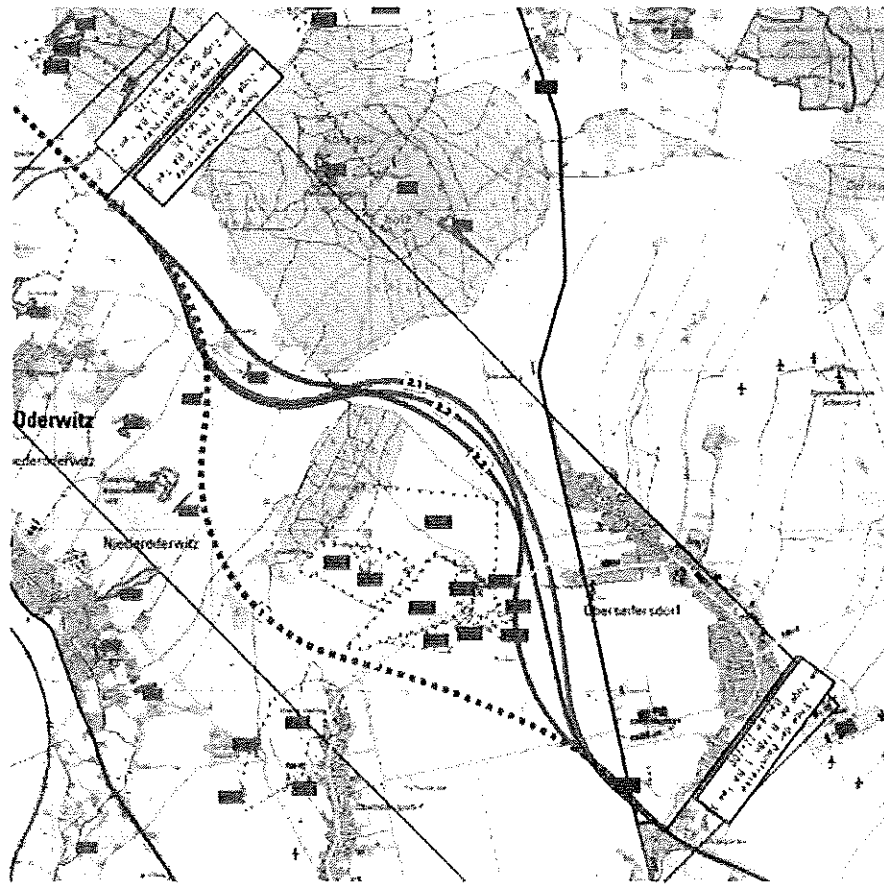
Gemarkung	Flurstück	Flächen- größe (m²)	Waldteil	(Wald-)eigentumsform	Unterlage
<b>2a) Dauerhafte Waldumwandlungen</b>					
Niederoderwitz	1581/1	15	Königsholz	Freist. Sachsen LaSuV	19.5 Blatt 1
Niederoderwitz	1581/5	93	Königsholz	KöW (Stadt Zittau)	19.5 Blatt 2
Niederoderwitz <sup>7</sup>	1010	4	Kohlige	KöW / Mittelstraße (Gem. Oderwitz)	19.5 Blatt 2
Oberseifersdorf	949	61	Kohlige	KöW / Mittelstraße (Gem. Mittelherwigsdorf)	19.5 Blatt 2
Oberseifersdorf	349	2.847	Kohlige	Privatwald	19.5 Blatt 2
Eckartsberg	112	6	N. N.	Privatwald	19.5 Blatt 3
Eckartsberg	113	19	N. N.	Privatwald	19.5 Blatt 3
Eckartsberg	121	40	N. N.	Privatwald	19.5 Blatt 3
Eckartsberg	129	7	N. N.	Privatwald	19.5 Blatt 3
<b>gesamt:</b>		<b>3.092</b>			
<b>2b) Befristete Waldumwandlungen</b>					
Niederoderwitz	1581/5	15	Königsholz	KöW (Stadt Zittau)	19.5 Blatt 1
Niederoderwitz	1581/5	79	Königsholz	KöW (Stadt Zittau)	19.5 Blatt 2
Oberseifersdorf	349	685	Kohlige	Privatwald	19.5 Blatt 2
Oberseifersdorf	846a	10	N. N.	kein Wald gemäß § 2 SächsWaldG	19.5 Blatt 3
Oberseifersdorf	847	130	N. N.	kein Wald gemäß § 2 SächsWaldG	19.5 Blatt 3
Oberseifersdorf	848a	25	N. N.	kein Wald gemäß § 2 SächsWaldG	19.5 Blatt 3
Eckartsberg	112	6	N. N.	Privatwald	19.5 Blatt 3
	113	51	N. N.	Privatwald	19.5 Blatt 3
	121	541001	N. N.	Privatwald	19.5 Blatt 3
<b>gesamt:</b>		<b>542.002</b>			
<b>2c) Ersatzaufforstungen</b>					
Kottmarsdorf	631/4	68.905	Pelzberg- Kottmar	KöW (Stadt Löbau)	

**Hinweise zur Tabelle:**

1. Unterlage 19.5 der Tekturplanung enthält eine zusätzliche Untergliederung nach (Wald-) Biotoptypen.
2. Der Waldteil im Bereich des Eckartsbaches (Ende der Baustrecke, Flurstücke 112, 113, 121 und 129 der Gemarkung Eckartsberg) hat keine uns bekannte eigenständige Bezeichnung.
3. Die Gehölzbestockung auf den Flurstücken 846a, 847 und 848a ist kein Wald gemäß § 2 SächsWaldG, sondern als Flur- oder Feldgehölz in der offenen Landschaft einzustufen.

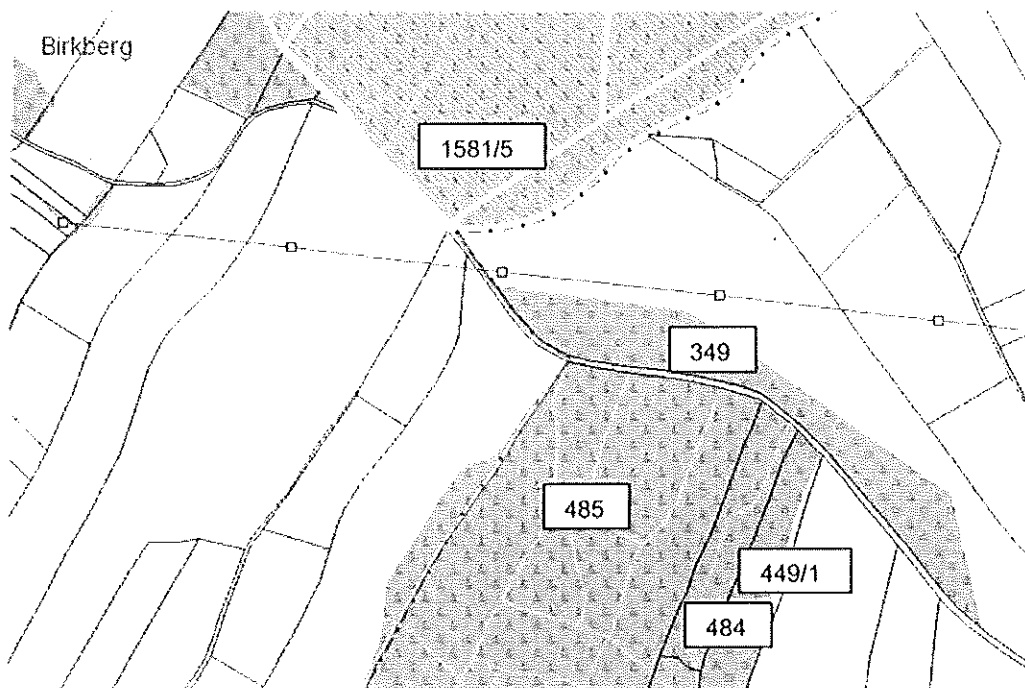
<sup>7</sup> In Planungsunterlage 19.5 ist irrtümlich als Gemarkung Oberseifersdorf angegeben.

## Anlage 2 Lagepläne



Übersichtslageplan 3. Bauabschnitt, Teil 3 Niederoderwitz-Oberseifersdorf

Quelle: Unterlage 1 - Erläuterungsbericht zum Feststellungsentwurf, Seite 23, mit Darstellung der in der Tekturplanung untersuchten Varianten



M 1:5.000

Lageplan im Bereich des Trassenverlaufes zwischen Königsholz und Kohlitz  
Eine Inanspruchnahme von Wald erfolgt nur auf den Flurstücken 1581/5 der Gemarkung Niederoderwitz und 349 der Gemarkung Oberseifersdorf

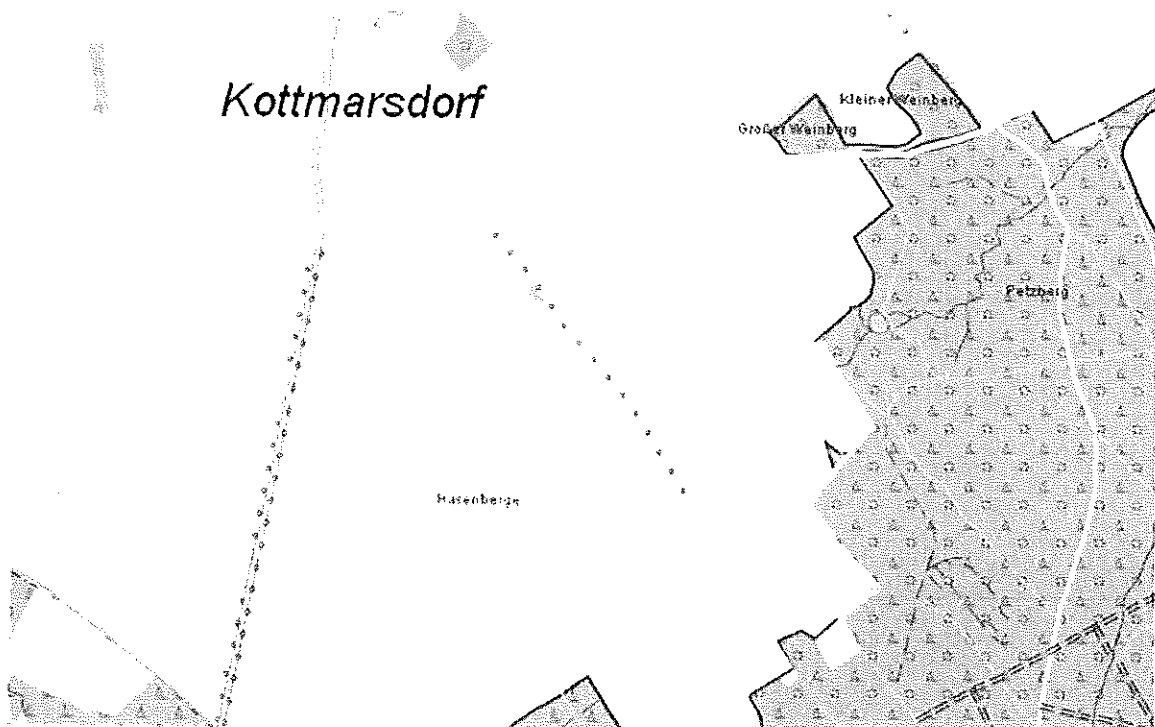




M 1:5.000

Lageplan Ende der Baustrecke, an der Einmündung der Nordspange  
 markiert (Wald-)Flurstücke 112, 113 und 121 der Gemarkung Eckartsberg  
 (Wald am Eckartsbach / Schleekretscham)

Nordöstlich / nördlich der Straße die Flurstücke 846a, 847 und 848a der Gemarkung Oberseifersdorf - diese sind kein Wald i. S.  
 von § 2 SächsWaldG



M 1:10.000

Lageplan der Aufforstungsfläche in der Gemarkung Kottmarsdorf, Flurstück 631/4